**Peter Helmes** 



# Genosse M. Schulz Der rote Raffzahn

# Peter Helmes

# Genosse M. Schulz Der rote Raffzahn

Herausgeber: DIE DEUTSCHEN KONSERVATIVEN e.V. Sonderausgabe des DEUTSCHLAND-Magazin

#### 4. Auflage November 2017

Alle Rechte bei:
DIE DEUTSCHEN KONSERVATIVEN e. V.
Sonderausgabe des DEUTSCHLAND-Magazin
Beethovenstraße 60 – 22083 Hamburg
Telefon: 040 - 299 44 01 – Telefax: 040 - 299 44 60
www.konservative.de – info@konservative.de

Spenden-Konto:

IBAN: DE 86 2001 0020 0033 3332 05 - BIC: PBNKDEFF

Druck:

SZ-Druck & Verlagsservice GmbH - Urbacher Straße 10 - 53842 Troisdorf

Gestaltung des Umschlags: Murat Temeltas

INHALT	Seite
Kandidat Schulz - Symptom einer maroden Partei	5
Die linke Medien-Macht will ein anderes Deutschland	7
Den Neuen Menschen schaffen, und die Menschheit gleichschalten! ("Frankfurter Schule")	11
Deutsche Medien treiben die Politik vor sich her	13
Martin Schulz und der Fall Deniz Yücel	15
Was war die Ausgangslage in der SPD?	20
M. Schulz, Kanzlerkandidat des Niveauverfalls	22
"Idealbesetzung" Schulz	24
Schulz - Motor der verlorenen Griechenland-Milliarden	25
SPD - Sozialistische Pöblerpartei Deutschlands	26
Deutschland in den Rücken gefallen	27
Deutschland soll Einfluß an die EU abgeben	29
Narzißmus und Selbstbesoffenheit	29
Mit der SPD sehenden Auges in die Dummheit	32
Der Linksblock - Kampf gegen "rechts"	33
Die SPD mit einem Schulz wählen?	36
Warnung vor dem Islam	38
Keine wirksame Strategie der SPD mit Schulz	41
NRW: SPD-Versagen, wohin man schaut	43
M. Schulz - Raffzahn, Blender, Selbstbeglücker	46
Schulz - mitverantwortlich für die EU-Misere	48
Macht-, Geld- und Geltungsbedürfnis	49
Schulz' Versagen zum Kult erhoben	51
Spesen-Ritter mit Riesen-Hofstaat	53
Schulz-Einkommen: Der "kleine Mann" und das große Geld	54
Schulz, der "Gegen-Reformator" als "Über-Schröder"	58

Präsident Schulz, der Steuerhinterzieher	62
Kritik an den fehlenden wirtschaftspolitischen Vorstellungen des Kandidaten	64
Was "blüht" uns mit Rot-Rot-Grün?	66
Masseneinwanderung, Familiennachzug	
Zusammenfassung: "Keiner von uns!"	71
Dank	72
Der Autor	72

# Kandidat Schulz - Symptom einer maroden Partei

#### Die einst ruhmreiche SPD in moralischem Tief

Ob SPD-regierte Großstadt oder Kleinstadt, ob Gemeinden in Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Bayern oder NRW – geradezu typisch für die marode Arbeiterpartei sind Bremen, Hamburg und Berlin. Die Erfahrung lehrt: Da wo Sumpf herrscht, herrscht die SPD.

Anhand der Geschichte der letzten zwei bis drei Jahrzehnte der "Sozialdemokratischen Partei Deutschlands" wird der Niedergang einer einst stolzen und vaterländischen Partei sichtbar. Friedrich Ebert, Kurt Schumacher, Georg Leber, Helmut Schmidt ... ja selbst Willy Brandt waren und sind erst recht auch heute noch die "großen Namen" der SPD, die zutiefst – wenn auch nicht immer erfolgreich – für Anstand, Würde und soziale Gerechtigkeit standen.

Ihre Nachfolger vom Schlage eines Oskar Lafontaine, eines Rudolf Scharping, eines "Königs" Kurt Beck, oder wie sie alle hießen – wer kennt die Zahlen, nennt die Namen der Nachfolger der sozialdemokratischen Urgesteine? – letztlich bis hin zu "Siggi" Gabriel, hatten weder Größe noch Format und mitnichten Fortune in ihrem zu groß geratenen Amtsanzug, aber verstrickten sich nur zu gerne in Diadochenkämpfe. So (ver)sank die SPD in immer tiefere Abgründe – und nahm Abschied vom Vaterland der Deutschen, das nach Willy Brandts innigstem Wunsch gerade erst "zusammengewachsen war, weil es zusammengehört…"

Angefangen hatte der rapide Ansehensverlust der SPD mit Gerhard Schröder, einem zwar von willfährigen Medien viel zu hochgeschriebenen, aber politisch und moralisch fragwürdigen Genossen. Von 1990 bis 1998 wirkte er als Ministerpräsident von Niedersachsen sowie von Oktober 1998 bis November 2005 als der siebte Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. Von 1999 bis 2004 war er zudem Vorsitzender der SPD.

Die rapide Schwindsucht und die fehlende Parteitreue der SPD-Granden der letzten Jahre werden besonders deutlich, wenn man sich die Amtszeiten der SPD-Vorsitzenden nach 1990 anschaut und mit denen der Vorsitzenden vor 1990 vergleicht:

#### Vorsitzende der SPD in Westdeutschland 1946-1990

Kurt Schumacher	1946-1952	(6 Amtsjahre)
Erich Ollenhauer	1952-1963	(11 Amtsjahre)
Willy Brandt	1964-1987	(23 Amtsjahre)
Hans-Jochen Vogel	1987-1991	(4 Amtsjahre)

Danach begann die Zeit der innerparteilichen Intrigen und demzufolge kurz amtierender Vorsitzenden:

Björn Engholm	1991-1993
Rudolf Scharping	1993-1995
Oskar Lafontaine	1995-1999
Gerhard Schröder	1999-2004
Franz Müntefering	2004-2005
Matthias Platzeck	2005-2006
Kurt Beck	2006-2008
Franz Müntefering	2008-2009
Sigmar Gabriel	2009-2017
Martin Schulz	seit 19.03.2017

#### 4 Vorsitzende in 46 Jahren. 11 Vorsitzende in 26 Jahren!

Um es auf den Punkt zu bringen: In den ersten 46 Jahren dieser Republik hatte die SPD 4 Vorsitzende (1945 bis 1991). Seit 1991, also seit 26 Jahren oder gerade 'mal in der Hälfte der ersten Zeit, hat die SPD zehn Vorsitzende verschlissen, zum Teil vom Hof gejagt wie räudige Hunde oder zum Abdanken getrieben. Der derzeit amtierende 11. Vorsitzende der SPD (gerechnet seit 1991), Martin Schulz, verkörpert einen weiteren Tiefpunkt in dieser von innen verfallenden Sozialdemokratie – allem Hurra-Geschrei zum Trotz. Nun strebt die Misere dieser Partei neuen Höhen entgegen. Der Kandidat für das wichtigste (und zweithöchste) Amt dieses Staates ist eine Null-Minus-Nummer. Eine Groteske!

Diese Null-Minus-Nummer ist der letzte Strohhalm, an den sich die Genossen klammern. Wir dürfen nicht vergessen: Die Welt der etablierten Presse in Deutschland ist absolut links-grün dominiert. Die SPD wurde immer mehr zum Sorgenkind der Mainstream-Medien. Die Umfragewerte der Sozialdemokraten sanken immer tiefer in den Keller. Das "Spitzenpersonal" der SPD hatte keine Chance bei den Bürgern. Neues mußte her!

#### Die linke Medien-Macht will ein anderes Deutschland

Seit vielen Jahren müssen wir registrieren, daß bestimmte Medien unseres Landes – nicht alle, aber die meisten – alles kaputtzuschreiben versuchen, was nicht "links" ist. Sie greifen bei jeder von links abweichenden Meinung zum Totschlagswort "rechts", dem sie den Sinn "faschistisch" geben.

Damit manipulieren sie in unzulässigem Maße den politischen Diskurs in Deutschland. Das kommt nicht von ungefähr; denn nach seriösen Schätzungen und wissenschaftlichen Untersuchungen sind etwa zwei Drittel unserer Journalisten linksgrün – mit einem deutlichen Übergewicht zu grün. Was sich am Beispiel Martin Schulz wieder trefflich erkennen läßt:

# So funktionieren die Systemmedien – oder: Was hat der Kampf gegen Diesel-Treibstoff mit Martin Schulz zu tun?

Es gibt Dinge auf dieser Welt, die aber auch gar nichts miteinander zu tun haben. Jedenfalls erklären uns das die politisch Korrekten. Doch wenn man dahinter schaut, erkennt man die Absicht – und ist verstimmt. Konkreter:

#### Das mediale Konzert

Daß es den Grünen derzeit an die Kehle geht, der Schulz in den höchsten Höhen schwebt, der CDU die Nerven flattern, die Linke kaum noch wahrgenommen wird und die AfD eher eine Nebenrolle spielt, weil sie zu sehr mit sich selbst im Unreinen ist – all das gehört zu einem medialen Konzert, dessen Dirigent hinter den Kulissen den Einsatz gibt.

Man nennt ihn Zeitgeist, politisch korrekter und treffender: "Neue Gesellschaft des Neuen Menschen". Jedenfalls gilt der mediale Einsatz, gutmenschlich betrachtet, all denen, die unsere Gesellschaft verändern wollen – und auf der Gegenseite all den "Rechten", den "Reaktionären" und den "Unbelehrbaren", die man entweder eines Besseren belehren oder vernichten muß.

Um diese destruktive Rolle der Meinungsmacher zu erkennen, muß man die Regeln der Systemmedien, insbesondere der linken Kampfmedien, kennen. Sie wissen genau, daß man jemanden hoch-, aber

auch runterschreiben kann. Und "man", das sind die rund 70 Prozent der medialen Zunft, die eindeutig linksgewickelt sind. Sie entscheiden, wer medial gefördert und wer zum Abschuß freigegeben wird.

Also lautet das strategische Ziel medialer Meinungsmacher: Rot/ Grün oder Rot/Rot/Grün – am besten aber nur Rot. Dort sitzen die Gutmenschen. Die Bösmenschen sitzen "rechts". Der bis vor kurzem ausgemachte Gegner hieß CDU/CSU. Nachdem aber auch dort der Zeitgeist das Kommando übernommen hatte, blieb als Haßund Bekämpfungsobjekt der Linken nur die AfD.

#### **Der neue Messias**

Dies aber reichte nicht, erkannten die cleveren Linkssystemstrategen; denn die SPD – bisher Hauptstützpfeiler der Gesellschaftsveränderer – war fußkrank, lahmte, und ihre Umfragewerte sanken zunehmend in den Keller. Rettung versprach nur ein Neuer und "alles neu": ein neues Gesicht, eine neue Politik – letztlich ein neuer Messias.

Den hatten sie lange Zeit verzweifelt gesucht und nun endlich ausgemacht; denn unter den hunderttausenden Genossen der SPD gab es kaum noch solche, denen eine Führungsposition hätte angetragen werden können – außer Martin Schulz, der Mann "mit einem bedeutenden Amt im Rücken". Da fügte es sich gut, daß er dieses Amt – Präsident des Europaparlamentes – gerade aufgeben mußte und er so frei wurde, seiner Partei als Heilsbringer zu dienen. Die mediale Orchestrierung war ihm sicher.

Und hinfort riefen alle Medien, die auf der Zeitgeistwelle reiten: *Wir sind gerettet, der neue Messias ist da!* Nur so erklärt es sich, daß ein politischer Winzling in die höchsten Höhen geschrieben wird. Es spielt keine Rolle, daß dieser Mann kein vorzeigbares politisches Profil hat – außer "ICH" –, keinen vorzeigbaren Lebenslauf und keinerlei vertiefte Sachkenntnis – Hauptsache, er kann quatschen und so tun, als ob er was könne.

So wird Schulz ganz plötzlich "ein Kandidat aus dem Volk, ein ganz Bodenständiger..." Eine absurde Komödie, die uns da Medien (und SPD) vorführen. Absurd: Selbst der gebührenfinanzierte Deutschlandfunk lobpreist die "bodenständige Biographie" von

Martin Schulz. Ein anderer Lobhudel-Artikel trug die Überschrift: "Kein Abitur, dafür viel Fußball". Soll das jetzt das Vorbild für die Jugend sein? Ernsthaft: Wenn ich bei einem Kanzlerkandidaten Abbruch als Leistung verkaufe, dann ist das doch fatal. Und bei Schulz wird genau das gemacht: Abbruch der Schule, Abbruch der Berufsausbildung, Abbruch hier, Abbruch da. Taugt das als Vorbild?

#### "Mann des Volkes"

Nochmal zur Medienmanipulation: Journalisten sind grundsätzlich nicht dumm. Natürlich kennen sie die Schwachstellen des Kandidaten – angefangen von seinem Charakter und seiner gebrochenen Biographie bis hin zur fehlenden Sachkenntnis in allen nationalen Bereichen. Also muß ein neues Etikett her, mit dem man ihn gleichzeitig von der kühlen Physikerin absetzen kann: Seht her, rufen sie, "ein Mann des Volkes!" Und ernennen die fehlenden Schulkenntnisse und den mangelnden Berufserfolg sogleich zur Tugend:

### "Seht genau her, der gute Martin! Genau wie Du und ich! Er ist zwar mehrfach gestolpert, aber immer wieder aufgestanden und kann jetzt Kanzler!"

Derweil starrt die Union auf den Mann wie das Kaninchen auf die Schlange. Das war's dann wohl.

Findige Strategen der SPD und ebenso findige Journalisten erkannten blitzschnell die Chance, Rot eine große Zukunft – also einen hohen Sieg der SPD – zu ermöglichen. Da man aber nur aus einem linken Teich fischen kann, müßten die Grünen verschwinden, da auch sie kräftig aus dem linken Becken trinken.

Getreu der altsozialistischen Übung "Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern" fällt die Pirouette leicht – und schon werden die Grünen heruntergeredet und -geschrieben, was die Feder hergibt. "Kein Programm", "Ideen von gestern", "überaltert", "verkrustet" usw. – wer kennt dieses Arsenal politisch gemeiner Totschlagsargumente nicht! Und die Medien – unter "wissenschaftlicher Begleitung" geneigter Demoskopie-Institute – malen gar das schrecklichste Menetekel an die Wand: Den Grünen drohe das Scheitern an der Fünf-Prozenthürde.

Damit das ganze Spiel nicht allzu abgekartet aussieht, weist man anhand unsäglicher Grünen-Politik nach, daß diese einfach nicht regierungsfähig sind. Und sie, die Grünen, liefern auch noch die Steilvorlage dazu:

Die Grünen haben dem Diesel – *DEM* Treibstoff des Autos des "Kleinen Mannes" – den Krieg, also das baldige Aus, erklärt. Der sonst so als honorig und bürgernah dargestellte Stuttgarter Ministerpräsident Winfried Kretschmann läßt die Maske des Biedermanns fallen:

Es beschwere sich doch auch niemand beim TÜV, wenn seine "Schrottmühle" nicht mehr zugelassen werde, giftete Winfried Kretschmann in der Heidelberger Rhein-Neckar-Zeitung, und wollte wohl damit doch tatsächlich versuchen, das drohende Diesel-Verbot zu verteidigen. Wie bitte? "Schrottreif"? Autos mit Euro 5-Norm, die erst vor drei oder vier Jahren gekauft wurden?

Da haben sich die Grünen wieder 'mal vergaloppiert. Ihre unverschämte Haltung – Grünen-Kenner überrascht das nicht – zeigt die erschreckende Distanz zum "gemeinen" Autofahrervolk, also generell zum Bürger, der nicht alle Jahre einen neuen Leasingwagen finanzieren kann, und dem seit Jahrzehnten eingeimpft wurde, daß ab einer Jahresfahrleistung von etwa 30.000 km ein Diesel die günstigere Alternative sei – das Taxigewerbe diene als bester Beweis dazu.

Noch deutlicher: Die Fahrverbote für ältere Dieselfahrzeuge kommen einer kalten Enteignung der Besitzer gleich. Denn wer darauf angewiesen ist, mit dem Auto zur Arbeit zu fahren, wird sich über kurz oder lang noch einen neuen Wagen anschaffen müssen – und das war für Vielfahrer bisher eben ein Dieselfahrzeug.

Genug von Diesel, zurück zum "Heilsbringer". Wie ein Geschenk des Himmels müssen solche Fehltritte dem Möchtegern-Kanzler der SPD in den Schoß gefallen sein, u. zw. gleich doppelt: Es beweist, daß die Grünen "fertighaben", und gefährdet die Chancen der CDU gleich mit, da sie offen mit den Grünen flirtet. Zwei Verlierer zusammen ergeben aber noch keinen Sieger. Bahn frei für St. Martin!

Um zu verstehen, wohin die Roten unseres Landes segeln, muß man sich mit der "Frankfurter Schule" befassen und deren Hauptziel:

# Den Neuen Menschen schaffen, und die Menschheit gleichschalten!

Die Eroberung der geistigen und faktischen Hoheit über den politischen Diskurs, den die '68er – also die "Frankfurter Schule" – eingeläutet haben, hat eine neue Gesellschaft geschaffen – zumindest vorbereitet: den Neuen Menschen! Dahinter steht der alte Ansatz von Habermas und Genossen, die Erde, die Menschheit, gleichzuschalten. Der Frage allerdings, daß diese neue Gesellschaft mit den "Neuen Menschen" dann von einigen wenigen "Auserwählten" gebzw. verführt werden wird, weichen die Apologeten der Frankfurter Schule bis heute aus.

#### Die "neue Gesellschaft"

Schlimm ist, daß ihnen – den Marcuses, Adornos oder Habermas' – niemand zugehört bzw. die "Botschaft nicht verstanden hat: die "neue Gesellschaft". Sie nivelliert, sie eliminiert die Widerständler, kujoniert die Andersdenkenden und traktiert die Bürger mit ihrer Ideologie. Aber: Ihnen war es gelungen, die "Hoheit über die Bildung" zu erlangen.

Fortan kamen Lehrer, Erzieher, Richter und ihre Professoren in die Schaltstellen der Bildungs- und Justizpolitik – dem Zukunfts- und Schlüsselelement der Gesellschaft. Sie haben früh – und richtig – erkannt: Wer die Bildung bestimmt, bestimmt die Zukunft eines Volkes. Und: Wer die Begriffe bestimmt, bestimmt die Sprache – und damit das wichtigste Instrument der Macht in einem Land.

Sie legten fest, was "politisch korrekt", was rechts und was links ist. Und da wir alle unter dem Auschwitzkomplex leiden, brachten sie der Bevölkerung widerstandslos bei, daß "rechts" = faschistisch und "links" = gut ist. Hinfort gibt es in unserem Land nur noch die "Guten" von links, und alles, was nicht links ist, ist böse.

Wir haben diese teuflische Strategie verschlafen und wachten erst auf, als es zu spät war. Schlimmer noch, aufgewacht und erkennend, wohin der Gesellschaftszug fuhr, hechelten viele Bürgerliche und Konservative hinterher und riefen "Wir sind auch… politisch korrekt!" etc.

# Keine Verteidigung unserer Werte und Kotau vor dem Zeitgeist/

Dieser Kotau vor dem – welch trefflicher Ausdruck! – "Zeitgeist" läßt sich ganz plastisch besonders an den christlichen Kirchen festmachen: In einem unglaublichen Abfall von ihren eigenen tradierten Werten biedern sich die geistlichen Führer der katholischen und evangelischen Kirche dem Zeitgeist an, betreiben "Appeasement" mit dem Islam – der schlimmsten Bedrohung unserer Kultur – und vergessen bewährte konservative Werte unter dem Schlachtruf: "Wir müssen uns öffnen…"

Sie öffneten fortan ihre Tore für alles Fremde und schlossen sie vor den alten Gläubigen. Sie unterstützen blind eine Öffnung unseres Landes für Menschen (Flüchtlinge???), die unsere Kultur nicht akzeptieren und schon gar nicht übernehmen wollen. Allerdings nehmen sie gerne die Segnungen unseres Sozialstaates in Anspruch.

Diese Ignoranz gegenüber den europäischen Werten, die die europäischen Länder bisher verband, hat die europäischen Nationen entfremdet – in solche, die die christlich-abendländische Kultur bewahren wollen, und in die, die sich "der Öffnung" widmen. Logische Konsequenz: Das "christlich-abendländische" Vaterland ist obsolet und hat als Klammer ausgedient. Die "neue Gesellschaft" mit Millionen von Neuankömmlingen wird unsere alte Gesellschaft dominieren.

Dabei bleiben "Deutsch" und "der Deutsche" auf der Strecke – in Sprache, Kultur und Religion. Sie werden ersetzt durch eine Mischung von Sprachen, Ethnien und Kulturen. Europa als einigende Klammer ist tot. GOTT ist tot, Allah ist groß – Inshallah!

Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika (USA), Donald Trump, hat diese für uns alle gefährliche Situation erkannt und so schonungslos wie undiplomatisch offengelegt. Dafür wird er von den Be- und Ge-troffenen erbittert bekämpft. (siehe auch: https://conservo.wordpress.com/2017/01/17/trump-nur-eine-frage-der-zeit-bis-die-eu-auseinander-bricht/)

# Die Zersetzung der bürgerlichen Werte

Der wahre Gründer der "Frankfurter Schule" war der ungarische Bolschewist Georg Lukas. Nach Niederringung der ungarisch-bolschewistischen Revolution 1919 floh er nach Frankfurt und gründete dort mit Hilfe deutscher Kommunisten im Jahre 1924 in Frankfurt am Main das Institut für Sozialforschung. Dieses Institut ist heute unter dem Namen "Frankfurter Schule" bekannt.

Die Hauptaufgabe dieses Instituts (Frankf. Schule) war die Propagierung einer vollständigen Zersetzung aller bürgerlichen Werte in Deutschland und den übrigen "kapitalistischen" Staaten. Sämtliche linken Parteien, die antifa, aber auch Kirchen und Gewerkschaften, atmen bis heute den zersetzenden Geist von Adorno, Habermas und Horkheimer. Deren ideologisches Gift hat Deutschland mehr zerstört als alle Kriege, Hungersnöte und diversen Pestwellen der vergangenen 1200 Jahre zusammengenommen.

Deutschland steht zum ersten Mal in seiner auch glorreichen Geschichte vor dem Zusammenbruch. Die Medien – nahezu allesamt von Linken unterwandert und dominiert – sind dabei das schärfste Schwert dieser historischen Zersetzungskampagne.

#### Deutsche Medien treiben die Politik vor sich her

Niemand hat Ihnen das Recht dazu verliehen, Politik zu gestalten, anstelle diese zu interpretieren. Und niemand hat ihnen das Recht gegeben, de facto die mächtigste Organisation in Deutschland zu sein

### Denn die Medien sind mächtiger als Staat und Regierung:

- Sie bestimmen, was die Regierung tut und mithin auch die Opposition; denn alle werden von diesen Medien erfaßt.
- Sie sind die wichtigsten Antreiber der Abschaffung Deutschlands per Flutung durch Abermillionen Moslems.
- Sie haben die Täuschungen über Islam und "Flüchtlinge" zur Doktrin erhoben.
- Sie k\u00f6nnen jeden und alles hoch-, aber auch in die Vernichtung schreiben.
- Sie können jeden Ministerpräsidenten, Bundesminister und sogar Bundespräsidenten zu Fall bringen.

# Kalter Putsch gegen Staat und Meinungsvielfalt "Die deutschen Journalisten waren immer schon Gesinnungsjournalisten. Sie haben sich nie damit begnügt, einfach nur zu analy-

sieren und zu berichten, sondern wollten immer Meinungen voranbringen." (Prof. Norbert Bolz, Medienwissenschaftler)

Die Verfassung hat ihnen dieses Recht nicht gegeben. Und auch vom Volk sind sie nicht gewählt. Daher ist das Treiben der überwiegend bolschewistisch orientieren Medien illegal, ja kriminell, und stellt de facto einen kalten Putsch gegen den Staat dar.

Dieser müßte längst durchgreifen: Hunderte Lügenjournalisten müßten verhaftet, ganzen Mediengruppen die Lizenz entzogen werden. Denn Medien haben sich gegen unseren Staat, gegen ihr Volk und gegen das Grundgesetz verschworen.

Und dieses sieht in einem solchen Fall den Entzug ihres Rechts auf Meinungsfreiheit vor. So steht's in Art.18 GG. Verkürzt heißt es darin:

"Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit … zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte."

Daß dieser Verfassungs-Artikel so gut wie unbekannt ist und niemals Anwendung gefunden hat, zeigt, daß die Politik gemeinsame Sache mit den Medien macht. Denn in Wirklichkeit sind die Medien die stärkste Waffe der gefährlichen Politik des politischen Establishments bei der Abschaffung des deutschen Volkes.

Wenn aber Medien und Politik an einem Strang ziehen, dann sind wir nicht mehr weit von einer dritten Diktatur nach Hitler und Honecker.

Alle diese drei Diktaturen waren oder wären sozialistisch. Keine war rechts, konservativ oder liberal. Alle anderen Darstellungen sind Teil der nun 70 Jahre währenden medialen Täuschungskampagne, mit der das deutsche Volk in Geiselhaft wegen der sozialistischen Nazi-Diktatur gehalten wird. (MM, 27.03.2017)

Bitte lesen Sie dazu auch den Kommentar aus den "MMnews":

# Deutsche Gesinnungsjournalisten

Die deutschen Journalisten treiben die Politik vor sich her, sagt der Medienwissenschaftler Norbert Bolz. Die von ihnen betriebene Hysteriemaschine dreht Trump, Merkel und Schulz durch den Wolf und produzierte eine ganze eigene und eigenartige Pseudowirklichkeit.

Journalismus sollte kritisch, analysierend vorgehen und der Information der Öffentlichkeit dienen. Doch laut Medienwissenschaftler Prof. Dr. Norbert Bolz von der TU Berlin seien die deutschen Journalisten schon immer "Gesinnungsjournalisten" gewesen. Sie hätten sich nie damit begnügt, einfach nur zu analysieren und zu berichten, sondern wollten immer Meinungen voranbringen.

Nun hat Merkel es geschafft, alle linken Themen selbst zu besetzen, indem sie mit ihrer Partei die SPD links überholt und auch den Grünen alle Themen weggenommen hat.

Es gibt nur noch die Möglichkeit einer Radikalkritik der Ideologie unserer politischen Kultur oder die Möglichkeit, mit den Wölfen zu heulen. Genau das macht unser Journalismus, und er kann es machen, weil er einen Ersatzgegner gefunden hat:

Man kritisiert nicht die Regierung, sondern eher ein Phantom, nämlich die neue Rechte."

(Quelle:http://www.mmnews.de/index.php/politik/103807-deutsche-gesinnungsjournalisten)

### Martin Schulz und der Fall Deniz Yücel

In diesem linksgrünen medialen Irrgarten gibt es Sumpfblüten zuhauf. Eine darunter heißt Deniz Yücel, ein türkischer Journalist (jetzt bei der Tageszeitung DIE WELT, vorher taz), über dessen Inhaftierung sich die Gutmenschen aller Art gar fürchterlich echauffieren.

Quer durch alle Parteien zieht sich die "Bestürzung" – in unterschiedlicher Stärke – über die Untersuchungshaft für den "WELT"-Korrespondenten Deniz Yücel. Klar, daß der SPD-Kandidat sich sogleich der Sache annahm. Martin Schulz fordert von den türkischen Behörden die sofortige Freilassung des "WELT"-Korrespondenten:

"Deniz Yücel muß freigelassen werden – genauso wie all die anderen mit fadenscheinigen Begründungen festgenommenen Journalisten", sagte Schulz den "Ruhr Nachrichten". Ohne freie Presse könne eine Demokratie nicht funktionieren. "Die Inhaftierung von

Journalisten, die schlicht ihre Arbeit gemacht haben, ist nicht akzeptabel", betonte der frühere EU-Parlamentspräsident.

Yücel wurde wegen des Vorwurfs der Aufwiegelung der Bevölkerung und Terrorpropaganda in Haft genommen. Der Journalist hatte sich am 14. Februar 2017 freiwillig der Polizei in Istanbul zur Befragung gestellt.

(Quelle: https://www.welt.de/politik/ausland/article162444467/Schulz-fordert-sofortige-Freilassung-Yuecels.html)

Die bei vielen hier mitschwingende Prämisse, Deutschland müsse in diesem Fall intervenieren, erscheint nicht sonderlich logisch. Herr Yücel ist türkischer Staatsbürger, hielt sich auf türkischem Boden auf, geriet mit türkischer Justiz in Konflikt. Das ist ein Umstand, der jedem anderen Türken in der Türkei exakt ebenso geschehen kann. Die Umstände, die dazu geführt haben und die zur jetzigen Lage und Aussicht führten, wurden vom türkischen Volk in freier Selbstbestimmung gewählt, gestaltet oder auch nur geduldet.

Warum sollte Deutschland deutsches Recht auf Bürger anderer Staaten übertragen und dann von deren autonomen Staaten vollziehen lassen wollen? Begründet der Erwerb einer Zweitstaatsbürgerschaft in Deutschland irgendwelche Privilegien gegenüber seinen "Einzel-Pass"-Mitbürgern im anderen Land? Auch gibt sein Status als Journalist und seine Vernetzung mit hiesigen Medien- und Politik-Entscheidern keinen Anhaltspunkt für etwaige Vorrechte in seinem Heimatland. Dies war ihm ex ante bekannt und bewußt. Er trägt die Folgen seiner eigenen, freien Entscheidungen. Aber Martin Schulz war einer der ersten, die sich für diesen Deutschlandkritiker einetzten.

# Für wen setzen sich Schulz & Genossen da eigentlich ein?

In einem Beitrag für "seine" taz konnte der Schreiber so richtig die Sau rauslassen, ging es doch gegen Deutschland und die Deutschen. Um nicht der Manipulation geziehen zu werden, hier der Originaltext Yücels in der taz:

#### Kolumne von Deniz Yücel

"...In der Mitte Europas entsteht bald ein Raum ohne Volk. Schade ist das aber nicht. Denn mit den Deutschen gehen nur Dinge verloren, die keiner vermissen wird.

#### Eine Nation, die mit ewiger schlechter Laune auffällt

Der baldige Abgang der Deutschen aber ist Völkersterben von seiner schönsten Seite. Eine Nation, deren größter Beitrag zur Zivilisationsgeschichte der Menschheit darin besteht, dem absolut Bösen Namen und Gesicht verliehen und, wie Wolfgang Pohrt einmal schrieb, den Krieg zum Sachwalter und Vollstrecker der Menschlichkeit gemacht zu haben; eine Nation, die seit jeher mit grenzenlosem Selbstmitleid, penetranter Besserwisserei und ewiger schlechter Laune auffällt; eine Nation, die Dutzende Ausdrücke für das Wort "meckern" kennt, für alles Erotische sich aber anderer Leute Wörter borgen muß, weil die eigene Sprache nur verklemmtes, grobes oder klinisches Vokabular zu bieten hat, diese freudlose Nation also kann gerne dahinscheiden…

...Nun, da das Ende Deutschlands ausgemachte Sache ist, stellt sich die Frage, was mit dem Raum ohne Volk anzufangen ist, der bald in der Mitte Europas entstehen wird: Zwischen Polen und Frankreich aufteilen? Parzellieren und auf eBay versteigern? Palästinensern, Tuvaluern, Kabylen und anderen Bedürftigen schenken? Zu einem Naherholungsgebiet verwildern lassen? Oder lieber in einen Rübenacker verwandeln? Egal. Etwas Besseres als Deutschland findet sich allemal."

(Quelle: (www.taz.de/!5114887/)

Dazu Ausschnitte aus Leserkommentaren zum Fall Yücel: "Gast", 17.11.2013, 12:59:

Die Deutschenfeindlichkeit, die aus diesem Artikel seine dumpfen Parolen grunzt, ist einer deutschen Tageszeitung nicht angemessen – Sie sollten stattdessen für die Goldene Morgenröte in Griechenland schreiben, denn Ihr Geschreibsel ist so einseitig, daß es der Idee vom "Journalismus" ins Gesicht spuckt.

Deutschland ist Ihrer zu vernachlässigenden Meinung nach für alles Übel in der Welt verantwortlich?

Hoffentlich denken Sie nochmal drüber nach, wenn Sie sich in Ihr Auto setzen um nach Hause zu fahren, oder wenn Ihr Kind an einer Lungenentzündung nicht stirbt, weil ein gewisser Robert Koch die Wirkweise von Erregern erforscht hat. Oder die kleine Schramme, wo Sie mal eben ein Pflaster draufmachen – das war Herr Beiersdorfer.

Kurz gesagt: Wenn Sie Deutschland und seine Bewohner so verachtenswert halten, ziehen Sie woanders hin, es wird Sie NIEMAND aufhalten.

Fakt ist jedoch, daß Deutsche für alle möglichen, heute nicht mehr wegzudenkenden Erfindungen verantwortlich zeichnen – wir sind ein kreatives Volk, und brauchen keine dummdreisten Schmierfinken wie Sie, die uns dies in Abrede stellen wollen.

#### "Sabine", 17.11.2013, 12:42:

Gott sei dank ist die taz die einzige Zeitung, die einen solch unseriösen Schreiberling beschäftigt. Und nur in der taz kann ein solcher Schmarrn veröffentlicht werden. Mir ist schon öfter aufgefallen, wie respektlos die Artikel sind, vor allem, wenn es um Deutschland, um Kirche und um Kultur geht.

Ich habe jetzt die Schnauze voll, werde mein Abo kündigen und eine andere, seriösere, Zeitung abonnieren. Die taz, das "große linke Nachrichtenportal", hah! Ein Schmierblatt wie die Bild, nur leider nicht so billig.

### "Westfalenjung", 17.11.2013, 12:40:

Wie kann man so einen deutschfeindlichen Artikel in einer deutschen Zeitung überhaupt bringen! Würde man einen gleichen Artikel über Türken schreiben, dann stände er unter dem Titel "Rassismus". Der Schreiber gehört ins Gefängnis!

(Anmerkung P. Helmes: Da sitzt er ja jetzt!)

### "Sabine", 17.11.2013, 12:27:

Herr Yücel, es wird Zeit, daß Sie Ihre geistlosen Kolumnen abschaffen, denn die negativen Eigenschaften, die Sie uns Deutschen (ich vermute, daß Sie keine deutsche Staatsangehörigkeit haben) unterstellen, können Sie selbst am besten: Keine halben Sachen, alles madig machen, geringschätzig von dem Land reden, in dem Sie leben, schlecht mit der Sprach umgehen; haben Sie noch mehr Beleidigungen auf Lager? Gehen Sie in die Türkei zurück, und sehen Sie zu, daß Sie diese Bevölkerung vermehren. Alles andere wäre Unsinn.

### "Torben", 17.11.2013, 11:07:

Der Artikel ist einfach nur beleidigend, pauschalisierend. Als ob die Deutschen nur nörgeln würden. Geh doch mal wo anders hin und

hör dich um. Deutschland wird überall in der Welt für seine Leistungen und seine freundlichen Menschen geschätzt. Dies durfte ich selbst bei zahlreichen Auslandsaufenthalten erleben. Man verehrt uns. Und das lassen wir uns auch nicht von jemandem wie Ihnen vermiesen!

"Deutscher Michel", 17.11.2013, 10:47: Ich habe mit sehr großem Interesse verfolgt, welche Ansichten Herr Y. in diesem Erauß preisgibt.

Zum einen bin ich sehr, sehr froh, für diese Provokation am laufenden Band kein Geld gezahlt zu haben und frage mich, warum man die Meinung von einem "Irgendwer" abdrucken muß. Ich glaube, ich schreibe ab jetzt auch für die TAZ, dafür scheint es ja allemal zu reichen.

Auf der anderen Seite falle ich tatsächlich mit schlechter Laune auf. Und warum? Weil es ziellosen Journalisten erlaubt ist, in einem realitätsfremden und linkspolemischen Blatt, so eine Verunglimpfung zu betreiben. Hat die TAZ denn je mit einem verantwortungsvollen Journalismus dazu beigetragen, die Situation zu verbessern? Nein, statt dessen wird Polemik und Ironie von frechen Bengeln unterstützt.

Wenn Ihnen dieses Land so zu wider ist, Herr Y., dann gehen Sie doch bitte in das Land Ihrer Herkunft und veröffentlichen dort solche Artikel. Es wird niemand gezwungen, sich weiterhin hier aufzuhalten.

"MaterialismusAlter", 30.04.2013, 09:30 Was Yücel mit diesem – wunderschönen – Artikel wollte, das hat er erreicht.

Der autoritäre Beißreflex, den man in den meisten Leserkommentaren hier beobachten kann, der ist schon sehr verräterisch. Der Deutsche ist nicht einfach nur sauer – er braucht auch gleich eine staatliche Behörde, die seine Vorstellungen durchsetzt (Anzeige wegen Volksverhetzung)

Der Artikel wäre ohne die Kommentare nicht komplett. Denn wenn man sie ein bißchen provoziert, zeigen die Deutschen wes' Geistes Kind sie sind: Immer noch die guten alten Verfechter einer Blutund-Boden Logik, zu deren Kollektiv man qua-Geburt gehört.

Deniz Yücel werden alle möglichen Vorhaltungen gemacht, die auf seine – vermeintlich – fremde Herkunft gemünzt sind. (Er wurde übrigens geboren in Flörsheim am Main)

Wer nicht von Geburt aus "deutsch" genug ist, der muß durch besonderes Wohlverhalten, patriotischen Eifer und Arbeitsfleiß diesen Mangel ausgleichen. Dann wird er von der – sich tolerant wähnenden – deutschen Volksgemeinschaft gönnerhaft aufgenommen. Wehe dem, der sich – wie Yücel – diesem Zirkus verweigert.

"Sabine", 17.11.2013, 12:36:

(Antwort zu @MaterialismusAlter): Lieber Kommentator, was Sie als autoritären Beißreflex bezeichnen, ist eine berechtigte Kritik an den Unverschämtheiten, die Herr Yücel produziert, sobald er in die Tasten greift. Ich wünsche mir, daß die Kritik an seinem Unsinn noch viel stärker wird, denn das würde zeigen, daß sich die Deutschen nicht mehr alles gefallen lassen, sondern wieder ein gesundes Selbstbewusstsein haben, das man ihnen nach dem Zweiten Weltkrieg pausenlos und bei jeder Gelegenheit austreibt. Ihr "Beißreflex" ist nur ein Beispiel für die ewig eingesetzte Holocaustkeule.

Soweit der Einschub zum Thema Medien, die sich allemal für linksgrüne Ziele mobilisieren lassen. Ich habe dem Thema Medien und dem Fall Yücel ungewöhnlich breiten Raum eingeräumt, weil sich damit die Gefährlichkeit einer gewollten (und gesteuerten) Medienmanipulation recht plastisch darstellen läßt.

Anders ausgedrückt: Um Martin Schulz' Chancen auf den Kanzlerthron zu verbessern, werden die "geneigten" Medien wahre Trommelfeuer entfachen, um einerseits die Gegner niederzumachen und andererseits den Sozi-Kandidaten auf den Sockel der Unsterblichen zu stellen.

# Was war die Ausgangslage in der SPD?

In der weiter oben beschriebenen, wenig erfreulichen Situation, in der sich die SPD bis Anfang dieses Jahres (2017) befand, wurde aus

lauter Verzweiflung beschlossen, einen großen Zampano aus dem Hut zu zaubern – Martin Schulz. Aber das reichte natürlich noch nicht. Schulz war ja nicht gerade der bekannteste SPD-Politiker.

Also machten und machen die Linksetablierten nunmehr Trommelfeuer für Schulz. Und so wurde aus dem kleinen und etwas verschrobenen Martin Schulz plötzlich ein großer Staatsmann, der wie ein Heiliger hochgeschrieben wird.

#### **DER SPIEGEL - Haus- und Hochschreiber**

"spiegel online (SPON)" 21.03.2017 meldet brav: "Jungwähler stürmen SPD"...

**Der neue 100%-Heilsbringer** soll alles besser machen. Ganz vergessen: Die SPD regiert aktuell – könnte also jetzt anfangen. Und die Grünen vermissen Klimaschutzplan.

Daß der SPIEGEL (mit seltenen Ausnahmen) schon längst alle Schamgrenzen des Journalismus hinter sich gelassen hat, stellt die Postille jeden Tag unter Beweis. Neuer Höhepunkt: Der Schulz-Messias mobilisiert angeblich den Nachwuchs. Immer mehr junge Leute wollen laut SPON plötzlich SPD wählen – das zeigt angeblich der repräsentative Wahltrend von SPIEGEL ONLINE.

Daß der angeblich linke 100%-Führer mit seiner SPD schon längst an der Macht ist, also heute anfangen könnte, seine Versprechen in die Tat umzusetzen, wird vom SPON natürlich ausgeklammert – typisch Lückenpresse.

Stattdessen wird eine Schulz-euphorisierte Jugend beim Selfie mit ihrem Führer in Szene gesetzt. Johanna Uekermann, Vorsitzende der SPD-Jugendorganisation Jusos, lobte Schulz als idealen Botschafter für Europa- und Gerechtigkeitsthemen. "Sigmar Gabriel war verhaftet im Konsens der Großen Koalition, Martin Schulz steht für Aufbruch", posaunte sie, ohne rot zu werden, im SPIEGEL.

#### Grüne Klimakatastrophe

Auch die Grünen sind zufrieden. Dem  $CO_2$ -Sektenführer Hofreiter fehlt nur ein "Klimaschutzplan", denn wenn schon Planwirtschaft, dann auch richtig.

Nach der Wahl von Martin Schulz zum neuen SPD-Chef kommt von den Grünen scharfe Kritik an der Rede des Kanzlerkandidaten: "70 Minuten ohne das geringste Wort zum Thema Klimaschutz, Null Komma Null zum Umweltschutz. Diese Lücke in der Rede ist buchstäblich himmelschreiend", sagte der Fraktionschef der Grünen im Deutschen Bundestag, Anton Hofreiter, dem "Redaktionsnetzwerk Deutschland".

"Es muß Herrn Schulz und der SPD deutlich gesagt werden: Wenn wir die Klimakatastrophe auf der Erde noch abwenden wollen, müssen wir auch in Deutschland unsere internationalen Zusagen einhalten", sagte der Grünen-Politiker weiter. "Wir müssen raus aus der Kohle, rein in saubere Energien, raus aus den Verbrennungsmotoren, rein in alternative Antriebe wie dem E-Auto".

(http://www.mmnews.de/index.php/politik/103881-jung-spd-spon)

# M. Schulz, Kanzlerkandidat des Niveauverfalls

In gebotener Sachlichkeit, aber dennoch schonungslos: das Urteil über den Kanzlerkandidaten Martin Schulz. Es zeigt einen tiefen Niveauverfall bei der SPD – von einem "Spitzenkandidaten" und/oder Parteivorsitzenden zum nächsten. Der gerade erkorene "Neue" paßt zu diesem politischen und moralischen Abstieg der einst ruhmreichen Arbeiterpartei und verschlägt einem den Atem:

### Martin Schulz, ein Choleriker, ein sich maßlos überschätzender und aufbrausender Politiker, ein EU-Apparatschik und Internationalist ohne Deutschenliebe.

Dieser Martin Schulz steht für ein verkommendes politisches Establishment dieser Republik, das statt eines "Hans im Glück" eher einen "Hanswurst" an der Spitze der Bundesregierung sehen will. So gesehen ist auch Martin Schulz das Symptom einer dem Niedergang geweihten Partei.

Die SPD "hat nun wirklich fertig". Nachdem Sigmar Gabriel – nicht nur ein glückloser Wirtschaftsminister (z. B. Edeka/Tengelmann), sondern wohl auch der schwächste Vorsitzende in der Geschichte der SPD – abgedankt hatte und in einem blitzschnellen Akt (Hauptsache Minister bleiben) ins ebenso wenig zu ihm passende Außenministerium wechselte, hätte sich die SPD die Zeit nehmen

müssen, einen integren Politiker zu suchen, der dann den Parteivorsitz und die Kandidatur zum Bundeskanzler hätte übernehmen können.

Man kann natürlich schon die kritische Frage stellen, was eigentlich von einer Partei zu halten ist, die gestern mit 100 Prozent einen Vorsitzenden wählt, aber die vor gut einem Jahr mit 74 Prozent den bisherigen Vorsitzenden (Gabriel) abgestraft, wiewohl auf dem letzten Sonderparteitag wiederum gefeiert hat. Emotional ausgeglichen ist diese SPD nicht.

Die Empfehlung Gabriels, doch seinen "Freund" Martin Schulz zu nehmen, ist nichts anderes als das Eingeständnis des gescheiterten bisherigen Vorsitzenden, daß ein solch integrer Politiker als neuer Vorsitzender in der gebotenen Zeit nicht gefunden wurde, also nicht zur Verfügung stand. Die SPD hat offensichtlich kein Personal mehr, das auch nur in die Nähe von Schumacher, Brandt oder Schmidt heranreicht.

Also griffen die SPD-Oberen zu einer alten List: Ein Popanz wurde aufgeblasen und als neuer Heilsbringer – mit medialer Unterstützung "aus allen Rohren" – hochgejubelt, wobei bestimmte Medien noch lauter jubelten als die Parteigenossen. Das klang sehr nach lauten Rufen im dunklen Kohlenkeller.

Dem staunenden Volk, auch dem Parteivolk, wurde deshalb ein in der deutschen Politik nahezu Blinder und Unbekannter als "Seher" verkauft, der die SPD zu neuen Höhen treiben würde. Zuvor hatte Sigmar Gabriel dem Magazin "Stern" gesagt: "Wenn ich jetzt anträte, würde ich scheitern und mit mir die SPD." Schulz habe "die eindeutig besseren Wahlchancen".

Und in der Tat, der Reiz des Neuen zog anfangs, die Umfragewerte gingen rasant nach oben – fielen aber nach der verlorenen Landtagswahl im Saarland wieder zurück. (Dazu später mehr, weiter unten.)

Die Idee, Schulz zum Kanzlerkandidaten auszurufen, muß Gabriel wohl in einer starken Sekunde gekommen sein – trotz der vielen schwachen Stunden, unter denen dieser Mensch leidet.

Der ursprüngliche Zeitplan Gabriels wurde durch die Ereignisse zu Makulatur. Unbedingt erst am Sonntag, 29. Januar, hatte Sigmar Gabriel den Kanzlerkandidaten der SPD bekanntgeben wollen – und keinen Tag früher. Jetzt wußten es Medien eher als die SPD, und zwar nicht durch Indiskretion, sondern weil Gabriel es ihnen selbst so verraten hatte. Es mag angesichts der personellen Neuerungen eine Marginalie sein, aber es ist doch eine, die Bände spricht. Zum zweiten Mal nach 2013 ist der Antritt eines Kandidaten vergurkt. Das sagt viel über den Zustand der Partei aus.

# "Idealbesetzung" Schulz

Womit wir wieder bei der Personalie Schulz sind, die so herrlich zu dieser vergurkten Partei paßt. Die SPD übt erfolgreich Harakiri; denn Schulz ist aus der rot-grünen Elite-Riege unserer Republik nahezu eine Idealbesetzung für dieses Manöver:

Schule vorzeitig abgebrochen, keine abgeschlossene Berufsausbildung, stattdessen aber psychologische Heilbehandlungsund Suchterfahrung zur Genüge – womit er sich als Führungskraft der Ahnungs- und Erfolglosen empfiehlt. Braucht so jemand, der eine der erfolgreichsten Industrienationen der Welt führen will, unbedingt eine abgeschlossene Berufsausbildung, ein erfolgreiches Berufsleben oder gar die Kunst der Selbstbeherrschung?

Die Botschaft, die Schulz' Vorbildung aussendet, lautet: Lerne nichts Anständiges, gehe in die Politik – da machst Du Kohle!" Eine fatale Botschaft!

Dem gewieften Parteistrategen Gabriel ist zuzutrauen, daß hinter seinem Schulz-Vorschlag eiskaltes (sozialistisches) Kalkül steckt: Er (Gabriel) nimmt sich selbst endlich aus der Frontlinie und präsentiert Schulz als neuen Watsch'n-Mann, der dank seiner "Gaben" wohl eher als größtmöglicher Rohrkrepierer enden wird. Damit hat sich Gabriel für die erlittene Unbill und die ständigen Demütigungen vor allem durch seine Partei-"Freunde" gewitzt gerächt, aber der SPD mit der "Beförderung" von Freund Martin einen Bärendienst erwiesen. Das nennt man wohl kalte Rache.

#### Der beste Kungelbruder aller Zeiten ("KaZ")

Die Glaubensgemeinschaft der sozialistischen Heilslehre hält Schulz in Deutschland für noch relativ unverbraucht und hat laut eben jenem Gabriel größere Erfolgsaussichten gegen Bundeskanzlerin Merkel und ihre CDU. Das stellt sich allerdings bislang eher wie ein frommer Wunsch dar. Kanzler würde Schulz nämlich nur dann, wenn die SPD die Wahl gewinnt – was nach wie vor derzeit wenig wahrscheinlich ist.

Und das gehört auch dazu: Entgegen den Lobpreisungen vieler Medien, die lieber Links/Grün hätten und deshalb jeden Linken hochjubeln, hat sich Schulz keineswegs europäische Lorbeeren erarbeitet, sondern ist haarscharf am Nobelpreis für den besten "KaZ" vorbeigeschrammt. Er ist mit allem und jedem "vernetzt" und lebt nach dem altrheinischen Motto "Was kümmert mich mein doofes Geschwätz von gestern".

Für Europa-Freunde gilt er als unglücklich gescheitert; für die Europa-Feinde ist er gar die Verkörperung der bürgerfernen, selbstgefälligen Bürokraten-EU.

#### Schulz – Motor der verlorenen Griechenland-Milliarden

Als Merkel die Hilfspakete für Griechenland und den ESM ("ESM" = Europäischer Schutzmechanismus/Euro-Rettungsschirm) vorstellte, kam von der SPD kein Widerspruch. Im Gegenteil, ihr Mann in Brüssel bzw. Straßburg, M. Schulz, meckerte, daß die deutsche Bundeskanzlerin den Griechen zu wenig entgegenkäme.

Die SPD und EP-Schulz wollten schon zur Oppositionszeit immer noch höhere Zahlungen an Griechenland, als die CDU/CSU-FDP-Regierung ohnehin schon beschlossen hatte. Die SPD, vor allem Schulz, wollten sogar die totale Vergemeinschaftung von Schulden durch Eurobonds. Die Interessen der deutschen Sparer und Steuerzahler waren der SPD herzlich egal.

Martin Schulz stand als EU-Parlamentspräsident wie kein zweiter für die Arroganz der Macht des Brüsseler Establishments. Für ihn typisch: Nach der Brexit-Entscheidung der Briten rief er sofort danach, die Briten zu bestrafen, und forderte frech (noch) mehr Macht

für die EU. Schulz ist völlig lernresistent. Er will mehr Zentralismus, mehr Transferzahlungen und mehr Bürokratie. Egal, was die Bürger davon halten. Und bitte nicht zu vergessen: Als Bundeskanzler könnte er seine Pläne sofort umsetzen!

# SPD – Sozialistische Pöblerpartei Deutschlands

Parteifreunde trösten sich derweil damit, daß Schulz exakt – quasi wie die Faust aufs Auge – zur SPD paßt, die in den letzten Jahren eher durch außenpolitische Pöbeleien auffiel.

Diese Partei hat mindestens seit dem Jahre 2000 Übung, ja Fertigkeit, darin entwickelt, ihr nicht genehme Länder und deren Politiker immer wieder scharf anzugehen.

- Wer erinnert sich nicht an die "Kavallerie" gegen die friedliche Schweiz, die Kanzlerkandidat Steinbrück in Bewegung setzen wollte?
- Österreich wurde während der Amtszeit von Bundeskanzler Schüssel angegangen,
- Polen während der Präsidentschaft von Lech Aleksander Kaczynski.
- Auch Ungarn, Tschechien, Dänemark, die Niederlande bekamen wegen nicht genehmer Regierungen oder wegen nicht auf SPD-Linie liegender Präsidenten ihr Fett weg.
- Und der italienische Oppositionsführer Beppe Grillo wurde von der SPD als Clown bezeichnet, genauso wie Ministerpräsident Berlusconi.
- Der Sozialdemokrat Stegner beleidigte die Schweizer als verblödet.

Martin Schulz soll nun der Kanzlerkandidat einer zurückhaltend ausgedrückt undiplomatischen Pöblerpartei werden, welche die jahrelange Tradition nicht nur fortsetzt, sondern aktuell in der Personalie Donald Trump einen neuen Punchingball glaubt gefunden zu haben – Diplomatie auf höchstem Niveau! Unsere internationalen Freunde von Ost und West (von Putin bis Trump) werden nicht gepflegt, sondern belehrt und/oder abgewatscht.

# Keine Partei ist Deutschland öfter in den Rücken gefallen als die SPD\*).

Und damit kehrt die sozialistische Partei wieder an ihre Ursprünge zurück: Zu einer Partei, die nun ihr längst vergessen geglaubtes, urkommunistisches Gesicht wieder offen herzeigt.

Die Quittung hat sie längst: Sie ist keine Volkspartei mehr. Mit Martin Schulz hat die SPD einen neuen Tiefstand erreicht. Einen solchen Mann an die Spitze zu bringen, ist nichts anderes als Verlust von Moralität und Anstand.

#### Vaterlandstreue gibt es bei der SPD nicht mehr

Die SPD ist keine National-Partei. Nicht erst seit Bebel, der deutsche Militärgeheimnisse an England verriet. Die bayerische SPD verhinderte damals die Abschiebung Hitlers nach Österreich, wie von der konservativen bayerischen Landesregierung vorgeschlagen wurde. Hat man je davon gehört, daß die SPD mitschuldig am Aufstieg des Nationalsozialismus war, der ohne die charismatische Figur Hitler so niemals stattgefunden hätte? \*) (Quelle: M.M.)

#### Nationen sind eben keine Zufallsgemeinschaften

Sie sind das Ergebnis einer langen Entwicklung. Was die Deutschen als Nation eint und zu Deutschen macht, ist eine jahrhundertealte, gemeinsame Alltags-, Sitten-, Mentalitäts-, Kultur- und Geistesgeschichte, die Teil der jeweilig ähnlichen aber dennoch unterschiedlichen Geschichte der anderen europäischen Völker ist – also auch das, was wir mit christlich-abendländischer Tradition beschreiben.

Der Versuch Helmut Kohls in Anlehnung an Ernst Nolte, einen neuen deutschen Patriotismus zu formen und dadurch ein bodenständiges und europafreundliches deutsches Nationalbewußtsein zu begründen, wurde von den Grünen und der SPD brutal niedergemacht und im Keim erstickt, und zwar mit den von dort bekannten jakobinisch-maoistischen Methoden.

#### "Deutschland verrecke!"

Das Thema Nation ist von Politik und Medien regelrecht korrumpiert und zertreten worden. Ihm wurde der Mantel des Nationalismus übergestülpt und Vaterlandsliebe zu Chauvinismus verzerrt, während man Patriotismus in anderen Ländern und Kulturen als etwas Positives darstellt. Hierzulande polemisiert man mit dem Begriff des "völkischen Nationalismus" und/oder will – wie die Grünen – die Nationalhymne ändern lassen, weil von "deutschem Vaterland" die Rede ist.

So wird in Deutschland Patriotismus gleichgesetzt mit Ausländerhaß, Faschismus und Fremdenfeindlichkeit. Und sträflich übergangen wird, daß jedes Land – also auch Deutschland – Patrioten braucht, bei uns also deutsche Patrioten, die einen gesunden Patriotismus an den Tag legen und ein Bekenntnis zum Vaterland ablegen. Der ist ruchlos, der das in den Schmutz zieht – wie bei Rot (Jusos) und Grün (Grüne Jugend, Claudia Roth usw.) nahezu täglich zu erleben. Wer hinter Transparenten marschiert und Rufe skandiert "Deutschland, du mieses Stück Scheiße" oder "Deutschland verrecke" ist seines Vaterlandes unwürdig. Ob wir dazu je eine klare Distanzierung des Kandidaten Schulz vernehmen werden???

#### Dafür steht Deutschland in der Welt

Unser Land steht für die Eigenschaften, die unsere Wirtschaft und uns nach dem 2. Weltkrieg so stark gemacht haben. Leider sind diese Eigenschaften unmodern geworden, weil sie Anstrengungen der Bürger fordern. Unsere Wirtschaft und damit auch wir haben uns dem Weltmarkt angepaßt und damit auch unsere Tugenden verloren und unsere Identität verleugnet.

Heute ist unser Staat in vielen (nicht nur materiellen) Bereichen marode, unsere Schulden werden immer höher, die Zuverlässigkeit unserer Baumeister erkennt man an BER, Elbphilharmonie und anderen Großprojekten, und die Bildungsideale z. B., die wir der jungen Generation vermitteln, sind über weite Strecken atheistisch, materialistisch und von humanistischer Bildung weit entfernt. Ein solches System befördert dann eben auch Halbgebildete wie Martin Schulz, ohne damit ein schlechtes Gewissen zu erzeugen.

Für all die Zustände im "neuen" Europa – wachsende Kriminalität, wachsende Islamisierung, Abkehr von unseren tradierten Werten etc. – stehen die europäischen Sozialisten. Und auch die deutsche Sozialdemokratie. Diese hat mit der SPD Brandts oder Schmidts so wenig zu tun wie die heutige CDU mit jener Adenauers oder Erhards.

# Deutschland soll Einfluß an die EU abgeben

Sigmar Gabriel schlug, wie schon dargestellt, seinen Freund Martin Schulz als Nachfolger im Amt des SPD-Vorsitzenden vor. Das Warum ist klar. Beide verbindet gemeinsame Überzeugungen, insbesondere in der EU-Politik. Seit 27. Januar 2017 ist Sigmar Gabriel Bundesaußenminister. Bei einem Besuch in Bonn unterstrich er nun sein Ziel, Europa stärker zu einem weltpolitischen Akteur machen zu wollen. Der SPD-Politiker forderte auch, daß Deutschland zugunsten der EU Einfluß abgeben müsse.

Bei einer kurzen Visite bei der Bonner Akademie für praktische Politik machte er deutlich, **daß gerade jetzt, gerade** in Krisenzeiten, eben doch mehr Europa gefordert sei. Begründung:

"Wir werden lernen müssen, auch ein weltpolitischer Akteur zu sein."

Und folgerichtig fordert der Außenminister sogar, deutschen Einfluß abzugeben – zu Gunsten der EU.

"...ich glaube, daß wir gut daran tun, daß wir die Außenpolitik und die hohe Beauftragte für außenpolitische Angelegenheiten, Federica Mogherini, und ihr Amt stärken müssen. Wir müssen sie reinholen in all die Formate, in denen wir verhandeln..."

(Quelle: http://www.deutschlandfunk.de/europa-in-krisenzeiten-gabriel-schlaegt-offensive-toene-an.1773.de.html?dram:article\_id=383288)

Also adé, deutsche Souveränität? Ja, das ist zu befürchten; denn SPD-Kandidat Schulz will ebenfalls "mehr Europa".

# Narzißmus und Selbstbesoffenheit

Doch unverdrossen und selbstverliebt sieht sich der Kandidat bereits als Kanzler – der Größte wird er sowieso. Dabei gibt es für die Selbstbesoffenheit des Kandidaten Schulz keinen sachlichen Grund – außer einem grenzenlos übersteigerten Narzißmus. Und politisch-programmatische Spuren hinterläßt er auch nicht. Kein Programm der SPD trägt seinen Namen oder ließe gar seine Handschrift erkennen.

Trotzdem: "L'Europe, c'est moi" ("Europa, das bin ich!")! Sagt der Kandidat und meint es auch so. Dabei hätte er 23 Jahre lang Zeit gehabt, Europa besser zu machen. Er hat das Gegenteil erreicht. Die EU hat Europa in eine Bananen- und Gurken-Oligarchie verwandelt, wo sich das Establishment gegenseitig mit Schulterklopfen bebauchpinselt. Da gilt der folgende Satz von Roland Baader (Deutscher Volkswirt und Publizist, 1940-2012) ganz besonders:

"Wer von der Politik vernünftige Entscheidungen erwartet, hat nicht begriffen, daß der Wille zur Macht größer ist als alle Vernunft."

Sie wärmt längst ausgeleierte Slogans wie der von der "Sozialen Gerechtigkeit" wieder auf und glaubt, damit die Probleme der Zukunft lösen zu können. Es zeigt sich auch hier: Die SPD ist im Grunde genommen eine lahme Ente, die Schulz 23 Jahre lang mitgerupft und mit ideologischem Plunder vollgestopft hat.

Den frisch Gewählten (Schulz) haben die Sozis übrigens gut ausgesucht. Jetzt ist das geistige "Prekariat" (Armutsgesellschaft) endgültig in der Berliner Baracke angekommen, Ideenarmut und geistige Leere ziehen ein. Wie Kurt Schumacher oder Willy Brandt darüber denken, werden wir leider nie erfahren. Sie müssen das Elend nicht ertragen.

# Der Zustand der SPD: aufgeblasen, aber nicht ausgeglichen. "Würde, Respekt und Gerechtigkeit"

Und wenn der Kandidat es noch so scheinbar charismatisch beschwört. Allein mit den Schlagwörtern Würde, Respekt und Gerechtigkeit kann die SPD nicht in die Wahl ziehen. Daß das etwas dünn ist, lassen seriöse Genossen hinter vorgehaltener Hand wissen. Martin Schulz müsse jetzt liefern.

Die plötzliche Geschlossenheit der SPD empfinden manche geradezu als unheimlich; denn man kann nicht gerade behaupten, daß die SPD es in der Vergangenheit ihren Vorsitzenden leicht gemacht hätte. Ganz im Gegenteil! Auch Sigmar Gabriel wurde 'mal geachtet, 'mal gefürchtet, aber nie so richtig geliebt. Die Euphorie, der Rausch, den die Kandidatur Martin Schulz' auslöst, wirken da eher unheimlich und bergen eine hohe Absturzgefahr in sich.

Allerdings, das darf man nicht übersehen oder übergehen: Die SPD zeigt derzeit Siegeswillen, anders als in den Bundestagswahlkämpfen 2009 und 2013, demonstriert damit, daß sie eine realistische Machtoption auf das Kanzleramt sieht, und das beflügelt diese Partei natürlich.

Was aber deutlich merkbar fehlt, ist der Glaube an die Solidität des Kandidaten. Er sülzt, wo er konkrete Pläne offenlegen müßte. Er greift nach Plattitüden, wo deutliche Worte noch deutlichere Taten in Aussicht stellen sollten.

Aber da beißt keine Maus den Faden ab, und da hilft auch kein Räsonieren: Martin Schulz muß natürlich liefern!

Und da sieht es noch wenig konkret aus. Die jetzt demonstrierte Geschlossenheit der SPD könnte genau in dem Moment platzen, wenn es z. B. konkret werden muß bei dem noch zu erarbeitenden Wahlprogramm. Schulz wird z. B. sagen müssen, was er in der Steuerpolitik ändern möchte. Beim Thema Arbeitslosengeld hat er zwar schon hingelangt, aber von fast allen Fachleuten Prügel bezogen.

Ein Beispiel: Er hat gefordert, daß ältere Arbeitnehmer bis zu vier Jahre lang Arbeitslosengeld erhalten sollen, davon zwei Jahre für Weiterbildung. Das gefällt natürlich vielen auf dem rechten Flügel der SPD, nämlich den Wirtschaftspolitikern, überhaupt nicht. Da kommt die Frage auf, wie lange sie denn jetzt den Mund halten werden. Das aber würde mit Gewißheit den linken Flügel der Partei auf den Plan rufen.

Wenn jetzt die Generalsekretärin der SPD, Frau Barley, auf die Frage, wann denn mal endlich Inhalte kommen, sagt, na ja, aber Frau Merkel liefert ja auch keine Inhalte, ist das natürlich eine ziemlich schwache Antwort, die mit den eigenen Grundsätzen relativ wenig zu tun hat. Da legt sie dann die Latte ziemlich tief. Denn die SPD ist eine ausgesprochene Programmpartei, während dies bei der CDU eher zurücktritt und sie sich vor allem als Regierungspartei sieht. Da müssen Barley und Schulz noch konkreter liefern.

Womit sie anfangen sollten, liegt auf der Hand: Die deutsche Bildungspolitik trägt seit Jahrzehnten die Handschrift der SPD.

# Mit der SPD sehenden Auges in die Dummheit

Hinter dem Schulz-Mantra von der "Gerechtigkeit" steckt, nahezu ungetarnt, der alte sozialistische Traum von der "Gleichheit", die selbstverständlich in der Bildung unseres Nachwuchses ein sattes Betätigungsfeld fand. Alle Schüler sind gleich, ergo müssen sie auch gleich benotet werden.

Das Elend, der Abstieg der deutschen Bildungspolitik, fing damit an, daß die Sozis – und damals gab es "links" nur diese – anfingen mit der Behauptung, die Menschen seien gleich, und deshalb müßten sie auch gleichbewertet werden. Folge: Das Niveau in Schule und beim Abitur wurde ganz offen gesenkt, damit "wir allen Kindern eine Chance zum Studium ermöglichen". Ziel war: "Abitur für alle!" Der "Elite" wurde der Krieg erklärt – "wir sind alle gleich, da darf es keine Eliten geben!"

Mit der irren Folge, daß die Unis überlaufen wurden und Fachhochschulen den Unis quasi gleichwertig gegenübergestellt wurden. Und dann kam der Todesstoß gegen eine wertvolle, werthaltige Bildung: Die von den '68ern ausgehende Bildungsreform, die ab Anfang der 1970er furios vorangetrieben wurde. (Der Name des damaligen hessischen SPD-Ver-Bildungsministers von Friedeburg ist ganz eng mit der Misere verbunden.) Das Jahr 1971 brachte das endgültige Aus für ein klar gegliedertes und abgestuftes Bildungssystem durch die Einführung des "Berufsausbildungsförderungsgesetzes" (so hieß das Monstrum wirklich).

Die heutige Qualität von Unterricht ist im Gefolge der "Bildungs"-Reformen der '70er-Jahre rausgekommen. Weil man zwanghaft immer höhere Abiturientenzahlen vorweisen wollte, die Intelligenz aber naturgemäß nicht explodiert ist, hat man immer weniger die kognitiven und intellektuellen Fähigkeiten – vor allem auch bei der Benotung (siehe auch Wegfall der "Kopfnoten") – bewerten lassen, sondern daneben die Kategorie der "sozialen Kompetenz" gestellt.

Dazu wurden dann derartige "Aufgaben" gestellt, bei denen es nicht um intelligente Problemerfassung geht, sondern um gefühliges Geschwafel. Und weil man "Gefühle" schwerer schlecht bewerten kann, weil sie ja absolut subjektiv sind und sich der Logik entziehen, konnte man so eine befriedigende Note auch dann noch erreichen, wenn man in Grammatik, Texterfassung oder Zeichensetzung völlig versagte. Und heute wird klammheimlich diese bereits eingeführte Methode zur politischen Indoktrination verwendet.

Die deutsche Bildungslandschaft ist heute ein idealer Nährboden für die Ausbreitung des Linkskartells: Erst werden die Deutschen dumm gehalten, dann warnt man sie vor der "Gefahr von rechts". Klar, nachdem die Erfinder des "neuen deutschen Geistes" – vulgo: der political correctness – unisono links gestrickt sind, läßt sich prima die Gleichung aufmachen: "links ist gut", und "rechts ist böse". Und "links" umfaßt heute die eindeutige Mehrheit der Parteien: SPD, Teile der CDU, Die Grünen, die FDP und die Linkspartei sowieso.

In ihrer Links-Verblendung haben sie längst ein Faktum ausgeblendet:

# Der "Links-Block" - Kampf gegen "rechts"

Der "Links-Block" nährt sich aus drei historischen Wurzeln:

- Vor 1989 in der DDR durch Einfluß aus Moskau
- In der alten Bundesrepublik seit 1968 aus der "Frankfurter Schule" bzw. den daraus entstandenen '68ern
- und seit 1990 ("Wende") durch den neu aufgebauten Popanz, der aber heute real existiert: "Kampf gegen rechts"

Dies hat z. B. die bittere Erkenntnis zur Folge, die eigentlich jedem nicht Gehirnamputierten zu denken geben müßte:

1990 ging eine Linksdiktatur unter, die heute "Unrechtsstaat" heißt, deren gigantische Kaderstruktur des SED-Staates unter der demokratischen Oberfläche jedoch erhalten blieb und in die demokratischen Medien und Institutionen eindrang – oft mit der Absicht, dort weiterzumachen, wo sie 1990 aufgehört hatten.

Es hätte nun eigentlich nach 1990 eine Auseinandersetzung durch einen "medialen und parlamentarischen Kampf gegen links" entstehen müssen. Also eine Auseinandersetzung über die Mechanismen, Vor- und Nachteile der SED-Diktatur und den zahllosen Netzwerken

der "westdeutschen Unterstützer" von der SPD, FDP, DKP – bis hin zu den "Grünen".

Es hätte eine Unterstützung und Entschädigung der von der SED verfolgten und von der SPD unterdrückten DDR-Widerstandskultur erfolgen müssen. Nichts geschah. Im Gegenteil. Nach wenigen Jahren wurden die ostdeutsche unabhängige Demokratiebewegung und ihre Widerstandskultur von allen vier Bundestagsparteien ausgetrocknet und zerstört.

Stattdessen wurde ein "Kampf gegen rechts" inszeniert, als ob 1990 das Dritte Reich untergangen wäre. Denn ein neuer angeblich "verteilungsgerechterer" Linksstaat sollte die alte Bundesrepublik nun ersetzen.

Nur daß das heutige "Linkskartell" mit seinem Steuerverschwendungswahn (die Berliner Flughafenruine BER der Marke SPD kostet den Steuerzahler alleine **1,4 Mio Euro pro Tag**) als "Linksstaat" alles dafür tut, damit die Armen immer ärmer – und die Reichen immer reicher werden!

Und der gesamte SED-Apparat wurde in den gewendeten Institutionen in diesen "Kampf" einbezogen. So konnte der DDR-Kultusministeriale und vorgegauckelte "Bürgerrechtler" Wolfgang Thierse umgehend "Bundestagspräsident" und eine ehemalige, mit den einschlägigen Arbeitsmethoden der Stasi bestens vertraute Mitarbeiterin Leiterin einer neuen bundesdeutschen Horch- und Schnüffelzentrale werden. Sie konnten also tatsächlich – nun gemeinsam mit den "demokratischen West-Linkskartellparteien" – dort weitermachen, wo man 1990 aufgehört hatte:

- 1. Den Linksstaat aufbauen
- 2. Die Linkssprache weiter entwickeln
- 3. Die Linksinquisition einrichten
- 4. Die Linksjustiz schaffen
- 5. Das Linksmedienkartell aufbauen.

Vieles basiert auf der Ideologie der Frankfurter Schule, und deren Vertreter sind die eigentlichen Väter dieser "Gehirnwäschesprache". Auch wenn sehr viel dazu erfunden wurde und noch wird – die Aufgabe ist dieselbe wie im berühmten Orwell-Roman "1984":

- Die Kontaminierten sollen Kritik- und denkunfähig gemacht werden
- Die Kontaminierten sollen zur Selbstzensur erzogen werden:
- Die gesamten Informationsbewertung jedes Informations-Inputs soll von jedem "der schon länger hier Lebenden" nach einem "Gutdenker-Ungutdenker-Filter vorselektiert – und nur noch in diesem vorselektierten Sinne – umgangssprachlich, mediensprachlich, kultursprachlich und wissenschaftssprachlich – angewandt werden.

Große Themenbereiche werden bereits in den Köpfen als "Ungutdenk" voreingestellt und deshalb automatisch vom selbstständigen Denken ausgespart und tabuisiert (Stichworte z. B.: Islamisierung, Migrantenprobleme, Meinungsfreiheit (§ 130 StGB/"Volksverhetzung") etc.

Um das ganz deutlich zu sagen: Die Sprachwaschmaschine wird von den linken Eliten betrieben, von den Wissenschaftlern und von Leuten, welche die Wahrheit gepachtet zu haben glauben.

Dies wird durch ein politisches Strafrecht und durch eine deutschlandweite Medieninquisition unterstützt. Dieses Vorgehen ist eigentlich ein Merkmal eines totalitären Staates – wie in Kommunistischen Staaten oder im linken NS-Staat. Aber der dafür hauptverantwortliche Sozialdemokrat, Justizminister Maas, weist jede Kritik brüsk zurück und redet selbstgefällig von der "Stabilisierung der Demokratie" in unserem Lande.

Es ist im Laufe der Zeit gelungen, die heranwachsenden Generationen der Jugendlichen damit zu kontaminieren, die Geschichte massiv zu fälschen, Andersdenkende zu diffamieren, und als Wähler für die abstrusesten Ziele zu gewinnen, ein Nebenprodukt waren die "Antideutschen", ein weiteres die "Antifanten".

In keinem europäischen Land gibt es eine Entsprechung zu diesen deutschfeindlichen, oft universitär "gebildeten" Jugendbewegungen – eine Folge linker (sozialistischer) Bildungspolitik.

Um das einmal plastisch zu verdeutlichen:

In der "Links"- DDR hieß eine Putzfrau "Raumpflegerin". Das ist harmlos und vielleicht auch witzig. Aber ein Honecker-Kritiker war bereits eine "feindlich-negative Person".

Das ist nicht mehr witzig. Denn dann war er bereits ein Objekt zur gesellschaftlichen Entsorgung. Und dieselbe Bedrohung haben wir schon wieder: Nun heißen die Kritiker von rechts: Pack und Nazis. Man hätte nicht geglaubt, daß auch in Demokratien, in deren Verfassungen die Meinungsfreiheit angeblich zu den unverrückbaren höchsten Gütern gehört, genau dieselben Methoden Raum gewinnen könnten.

Aber schon George Orwell beschrieb in seinem Jahrtausendroman "1984", wie im Aufbau des "Engsoz" (Englischer Sozialismus) die damalige einstige Demokratie in den totalitären Einheitsparteienstaat des "Großen Bruders" umtransferiert wurde. *Ein Schelm, der es wagt, mit der Gegenwart zu vergleichen!* 

(Quelle: W. Deinert)

Der Kandidat Schulz ("Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit") hat allen diesen Bemühungen nicht etwa den Kampf angesagt, sondern lautstark verkündet, daß er die "Reformen" vorantreiben wolle.

"Was die Flüchtlinge uns bringen, ist wertvoller als Gold!" (M. Schulz). Das ist seine Aussage, die nie vergessen werden darf. Seine Reden? Inhaltsleerer Populismus. Wie lautete nochmal der Satz von SPD-Müntefering? "Wir werden an dem gemessen, was in Wahlkämpfen gesagt wurde. Das ist unfair!"

# Warum sollte man die SPD mit einem Schulz wählen? Mit einem Schulz, ...

- der in seiner EU-Zeit vehement für den Türkei-Beitritt zur EU warb,
- der in seiner Zeit in Brüssel mehr als generös abkassiert hat,
- der offene Grenzen will, über die jedermann jederzeit ohne jede Kontrolle einreisen kann,
- der gegen sämtliche Meinungen stänkert, die rechts der Mitte liegen,
- der von "sozialer Gerechtigkeit" schwafelt, aber die Antwort nach dem WIE bis heute schuldig bleibt,
- der sich weder zum Problem Migrationskrise noch zur Koalitionsfrage eindeutig erklärt.

#### Schulz als Kanzler für dieses Land? Mir wird angst und bange.

Und wer jetzt laut mosert, Kanzlerin Merkel sei auch nicht besser, dem wird zwar nicht von jedem widersprochen, aber er tappt in die eigene Falle:

- 1. Wenn der Kandidat nicht besser ist als die Amtsinhaberin, brauchen wir keinen Wechsel.
- 2. Der Kandidat selbst, aber auch seine Partei, haben "huldvoll" alles mitgetragen, was die Kanzlerin plante und nicht nur das, sondern sie haben, gerade auch Schulz selbst, in vielen Punkten die Kanzlerin vor sich hergetrieben, als könne Deutschland nicht schnell genug seine nationale Identität aufgeben.

#### Wo stehen Schulz und die SPD?

Fast schon eine Anekdote, aber hochernst gemeint, ist die folgende Geschichte des Unsinn produzierenden SPD-Nachwuchses, mit der wir das Kapitel der internationalistischen Schulz-Partei einleiten (Quelle: M. M.)

Mit Stimmen der AfD, FDP und CDU konnte verhindert werden, daß die Linksextremistin und Kandidatin der SPD, Franziska Drohsel (SPD, ehem. Juso-Vorsitzende), in das Bezirksamt von Steglitz-Zehlendorf einziehen konnte. Nun versucht die "radikale Gefühlssozialistin" dies als ihren politischen Rückzug zu verkaufen.

#### Deutschlandfeindin raus aus der Politik

Soso. Wegen ihres Engagements für die linksextremistische Organisation "Rote Hilfe" sei ihr der Posten für den Stadtrat in Berlin verweigert worden. Schreibt der linke Tagesspiegel. Hat er da nicht etwas vergessen zu erwähnen, dieser Tagesspiegel? Da war doch was…

Richtig. Ihr (Drohsels) Zitat über das von ihr gehaßte Deutschland:

"Ja also, Deutsche Nation, das ist für mich überhaupt nichts, worauf ich mich positiv beziehe. Würde ich politisch sogar bekämpfen" (aus einem Interview mit Cicero).

Diese Dame wollte die SPD also in den Berliner Stadtrat bugsieren. Mit Hilfe der Linkspartei und der Grünen, wie herauskam. Das sind also die Koalitionen der Abschaffung Deutschlands, von denen man

kein Wort in der Tagesschau oder im "ZDF-Heute" hört, die aber Tag um Tag unser Land an den Abgrund regieren.

## Warnung vor dem Islam

Nicht ohne Grund hängt der SPD das Etikett an, Vaterlandsliebe kleinzuschreiben. Der SPD ging es nie wirklich um das Volk, sondern immer um den Sieg des Sozialismus.

Sonst würde sie heute keine Religion nach Deutschland schaffen, die sämtliche ethische Aspekte der SPD (Gleichheit von Mann und Frau, Meinungsfreiheit, die Freiheit des Individuums, seine Religion selbst zu wählen oder auch keine Religion zu haben, Kampf gegen Rassismus, Kampf gegen Sklaverei, etc.) mit Füßen tritt. Höret ihre Worte – aber an ihren Taten werdet Ihr sie erkennen!

Fraglos steckt hinter der SPD-Anbiederung an den Islam (zigtausende Moslems sind SPD-Mitglieder!) das Kalkül, diesen als Hebel zu benutzen, um in Deutschland den Sozialismus zu errichten. Die Kollaboration der Linken mit dem Islam hat Tradition.

Schon Hitler (ja, die Nazis waren links!) baute auf speziell ausgebildete NS-Moslembrigaden im Balkan. Die RAF tat sich bekanntlich mit islamischen Terrororganisationen zusammen. Und selbst in Iran bildeten die Kommunisten mit Khomeini eine Allianz, um den Schah zu stürzen. Der Ajatollah zog seine Versprechen, diese mit politischen Ämtern zu belohnen, zurück und hängte in den ersten Wochen alle Kommunisten auf, derer er habhaft werden konnte.

# Zahllose Vergehen gegen Volk und Demokratie: Die SPD ist die ideologische Mutter der SED/Linkspartei.

Vergessen wir nie: Der erste Weltkrieg wäre nicht möglich gewesen ohne die Bewilligung der Kriegskredite durch die SPD im Jahre 1914. Auch die SED (Deutschlands zweitfaschistischste Partei nach der NSDAP) wäre nicht möglich gewesen ohne die SPD: Diese schloß sich in der SBZ (Sowjetische Besatzungszone) mit der KPD zusammen und hatte einen faktischen Anteil von 90 Prozent der SED-Mandatsträger.

Damit tragen die hunderte Mauertoten, der unsägliche Schießbefehl auf eigene Bürger, das dichtest geflochtene Bespitzelungssystem

der Weltgeschichte (nie zuvor gab es so viele Staatsspitzel pro 1000 Einwohner wie das der Stasi) und der perfide Menschenhandel unter Honecker (der sich politische Häftlinge und normale Ausreisewillige mit Zehntausenden damaligen Mark pro Kopf bezahlen ließ) eine klare sozialistische Handschrift.

Auch die heutige Linkspartei wäre nicht so mächtig, wie sie heute ist. Erst der Zusammenschluß des linken SPD-Flügels WASG mit der PDS hat sie zu einer kleinen, aber mächtigen politischen Kraft in Deutschland werden lassen. Mit den Milliarden an gestohlenem DDR-Volksvermögen, das sie in die Wende mitnahm und dessen Verwendungszweck der Öffentlichkeit unbekannt ist, und dem Medienimperium der SPD regiert die SPD/Linkspartei Deutschland de facto – über die absolute Begriffshoheit – auch dann, wenn sie theoretisch kein einziges Mandat in den Parlamenten hätte.

Damit schließt sich der Kreis: Die SED war ein Kind der SPD – und die SED-Nachfolgerorganisation Linkspartei ist das in doppelter Hinsicht: Nämlich Kind und Enkel der SPD.

Und wer war der erste Parteivorsitzende der SED-Nachfolgepartei "Die Linke"? Kein Geringerer als der ehemalige SPD-Parteivorsitzende und Kanzlerkandidat Oscar Lafontaine. Deutlicher kann die ideologische Verwobenheit der SED mit der SPD nicht zum Ausdruck gebracht werden.

Und vergessen wir nie: An der bayerischen SPD scheiterte 1922 die Abschiebung Hitlers nach Österreich. Was wäre Deutschland, Europa und der Welt erspart geblieben, hätte Hitler Deutschland für immer verlassen müssen.

Daß die Konservativen dieses Landes sich angesichts dieser belasteten Vergangenheit der SPD gegenüber Nazi-Vorwürfen seitens eben dieser SPD und ihrer Medien verteidigen müssen, ist ein Treppenwitz der Geschichte. Aufklärung tut not!

Das Folgende paßt dazu:

Fakten wider das Vergessen: Auch Ex-Bundeskanzler Schmidt warnte vor dem Islam.

"Wer die Zahlen der Moslems in Deutschland erhöhen will, nimmt die zunehmende Gefährdung unseres inneren Friedens in Kauf."

(Helmut Schmid, in: "Außer Dienst", S.236, 2008)

# Mit Helmut Schmid endete die Ära der SPD als einer der Vernunft verpflichteten Volkspartei

Das obige Zitat zeigt deutlich, daß Schmid die Lage klarer sah als die gesamte heutige SPD-Spitze. Wer in dieser Partei derzeit eine solche Aussage tätigen würde, wäre mit einem Parteiausschluß-Verfahren bedroht. Sicher wären ihm jedenfalls Denunzierungen als "Rassist", "Islamhasser" und dergleichen. Seine parteiinterne Karriere wäre für immer versaut. Daher halten auch jene SPD'ler eisern die Klappe, welche die Gefahr des Islam genauso klar sehen wie der letzte große SPD-Politiker. Alles Feiglinge! Sie opfern das Geschick ihres Landes für ihre lächerliche Karriere.

#### Die SPD ist der Hauptmotor der Islamisierung

Die SPD ist nach wie vor der treibende Motor der Islamisierung Deutschlands. Daß sie derzeit den Anschein gibt, sie würde nun gegen Merkels wahnsinnige Politik in die Opposition gehen, ist reine Wahltaktik. Denn wäre sie nicht mit Merkels desaströser Politik einverstanden – welche sie ja im Zuge der Großen Koalition voll mitträgt – hätte sie sich längst von der CDU lösen und, als Ausdruck ihrer Kritik an Merkels Invasionspolitik, ein konstruktives Mißtrauensvotum gegen Merkel einleiten können.

Doch nichts dergleichen geschah, ja, es wurde nicht einmal öffentlich diskutiert. Für die SPD gilt daher das Gleiche wie für die CDU-Mitglieder, die Merkel auf dem Höhepunkt der Masseninvasion Ende 2015 mit einem geradezu sozialistischen Traumergebnis von 99 Prozent in ihrem Amt als Parteivorsitzende bestätigten.

Die SPD ist die Hauptkraft hinter dem Gesinnungsterror gegen politisch Andersdenkende. Heiko Maas ist ein Freund von Martin Schulz.

Die SPD ist engsten verbunden mit den Gewerkschaften (hier befindet sich die heimliche Machtzentrale der Sozialisten), den Medien (die SPD besitzt das größte Medienimperium Europas) und der Antifa.

Der unsägliche Terror gegen Islamkritiker, die auf ihren Veranstaltungen von Hundertschaften der Polizei gegen linke Gewalt geschützt werden müssen, die alljährlichen bürgerkriegsartigen Szenarien der Antifa und des Schwarzen Blogs in Berlin, Hamburg und anderen deutschen Großstädten, werden entweder direkt oder indirekt von der SPD gesteuert, organisiert, finanziert – oder im geringsten Fall geduldet.

Daß die linken Krawallmacher (auf deren Konto gehen weitaus mehr Straftaten als auf das der Rechten) nicht längst als terroristische Vereinigung eingestuft und verboten wurde: Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ist dies der SPD zu verdanken, die bislang jeden Versuch dahingehend abgebügelt hat. (Dank an MM für die Quelle)

# Keine wirksame Strategie der SPD mit Schulz

Da sahen die Roten rot: Bei der letzten Landtagswahl im Saarland ist der rot-rote Versuchsballon vollkommen geplatzt. Rot/Rot will der Wähler nicht! Am Ende habe die Warnung vor einer Linksregierung der CDU den entscheidenden Schub gegeben. Martin Schulz wird also der Frage, wie er und die SPD es künftig mit den Linken halten, nicht ausweichen können.

Die Sozialdemokraten sind damit nach der Euphorie der vergangenen Wochen mit einer ernüchternden Erkenntnis konfrontiert: Die Aussicht, Angela Merkel durch Martin Schulz als Kanzler ablösen zu können, gründet auf der Bereitschaft, sich auf ein Bündnis mit der Linken einzulassen. Viele Sozialdemokraten scheinen diese simple Gleichung im Rausch der letzten Wochen ausgeblendet zu haben. Den Wählern dagegen stand sie in der Wahlkabine klar vor Augen.

## Verblendende Wirkung des Wechsel-Versprechens

Die Frage "Linkspartei" stellt Schulz und die SPD vor ein schwer aufzulösendes Dilemma: Gründet der Kandidat seine Siegeszuversicht weiter auch auf die Bereitschaft, sich von den Linken zum Kanzler wählen zu lassen, verspielt er wichtige Sympathien in der eine Wahl entscheidenden Mitte. Rückt er von den Linken ab oder schließt er gar eine Koalition mit ihnen aus, verliert das Versprechen

eines echten Wechsels den Glanz, den es seit Anfang des Jahres mit durch geneigte Medien verblendender Wirkung ausstrahlte.

#### FDP - das Kaninchen aus dem Hut des Martin Schulz

So ganz unvorsichtig, nur auf ein linksgrünes Bündnis zu setzen, sind SPD und ihr Kandidat eher nicht. Der SPD-Kandidat Schulz und der SPD-Bundestagsfraktionschef Oppermann haben sich ein halbes Jahr vor der Bundestagswahl überraschend lobend über die FDP geäußert.

Mal gespannt, was das programmatisch bedeutet. Martin Schulz streitet als SPD-Kanzlerkandidat vorgeblich für "hart schuftende Krankenschwestern und Feuerwehrmänner". Sie sollen bei Jobverlust nicht in ein Loch fallen. Die Hartz-IV-Reform zu diesem Zweck ist praktisch fertig.

Zur Umsetzung hatten die Sozialdemokraten ursprünglich wohl eher Linke und Grüne als Partner im Blick. Aber nur bis zur Wahl im Saarland, wo das rot-rot-grüne Projekt eine Abfuhr erhielt. **Vorbei ist seither der Schulz-Jubel.** Doch Kandidat Schulz kann ja auch anders: Nach eiserner Entschlossenheit zeigt er eine verblüffende Wendigkeit. Er lobt die FDP zum Koalitionspartner hoch. Doch müßten die Grünen noch mit ran, wenn es für eine Mehrheit nicht reichen sollte. Ob die "hart arbeitenden Menschen" diesen Schwenk werden mitvollziehen können?"

"Wer nur auf die Demoskopie schaut, wird das vielleicht verstehen; denn "Rot-Rot-Grün ist bisher nicht sehr beliebt, und wenn man ins Kanzleramt will, ohne die große Koalition fortzusetzen, ist man rein rechnerisch schnell bei Rot-Gelb-Grün. Man könnte allerdings auch mal inhaltlich denken. Wenn die SPD wirklich eine Alternative zu Merkel sein will, muß sie sich fragen lassen, warum sich Oppermann und Co. einer Partei anbiedern, die so ziemlich alle sozialdemokratischen Regulierungskonzepte ablehnt, von wirksamer Einschränkung der Zeitarbeit bis zur Mietpreisbremse.

Sollte Schulz' Gerechtigkeitskampagne nicht nur Show gewesen sein, muß er sie jetzt ausbuchstabieren und später in offene Koalitionsgespräche einbringen, statt den Schwenk zur nächsten Bündnisspekulation zu dulden – oder dabei auch noch mitzumachen", meinte dazu die eher linksgestrickte Frankfurter Rundschau.

Da stellt sich dann eben auch die Frage, unter welcher Flagge eine rotgelbgrüne Flotte segeln sollte? Soziale Gerechtigkeit? Weiteres Schleifen der Agenda 2010? Für diese roten Themen, die Schulz zunächst so forciert hat, scheint die FDP eher die falsche Adresse. Und ob die Schnittmengen, die es auch gibt, als Wahlkampfhits taugen, ist zweifelhaft.

Hinzu kommt, daß Schulz in FDP-Chef Christian Lindner nicht unbedingt einen Freund fände. Denn Lindner hatte die Entscheidung für Schulz und für Gabriels Wechsel ins Außenministerium als "ungeordneten Rückzug" kritisiert. Leichtfertig werde die Stabilität Deutschlands in dieser weltpolitischen Lage aufs Spiel gesetzt.

So scheint Kandidat Schulz in der Koalitionsfalle zu sitzen, zumal die "Ampel" derzeit ohnehin weit von einer Mehrheit entfernt ist. Der Einzug der FDP in den Bundestag ist unsicher, die Grünen stecken in der Krise, und auch Schulz hat in Umfragen erste Dämpfer bekommen, von denen er sich erst 'mal erholen muß. Denn macht sich erst das Gefühl breit, daß es sowieso auf eine Fortsetzung von Schwarz-Rot unter Angela Merkel hinausläuft, sind die Begeisterung und der neue Schwung in der SPD schnell verflogen. Und dann wird es schwer, die Genossen zu mobilisieren.

# NRW: SPD-Versagen, wohin man schaut

#### Es bleibt also die Frage: Wie stark ist die SPD wirklich?

Diese Frage ist nach der Saarlandwahl kaum zu beantworten, eher nützt ein Blick nach NRW. Gerade im größten Bundesland, Nordrhein-Westfalen, kann man das, was der Kandidat Schulz auf den Parteitagen sagt, an der Realität messen. In Nordrhein-Westfalen gibt es ja keine Große Koalition. Da regiert die SPD meist alleine seit vielen Jahrzehnten, mit einer kurzen Unterbrechung, und hier ist nun die Bildungsarmut am größten. Hier ist die Armutsquote in den letzten Jahren gestiegen. Hier ist das Wirtschaftswachstum ganz hinten in Deutschland.

## Kraft-lose Ministerpräsidentin

Hannelore Kraft gilt als die schlechteste Ministerpräsidentin seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland. Sie hat mit ihren Mitstreitern aus dem rot-grünen Sektor dafür gesorgt, daß NRW einen

Totalschaden erleiden mußte. Doch davon scheint sie nichts wissen zu wollen. Der "Focus" schreibt (http://www.focus.de/politik/deutschland/wahlkampf-2017-kranker-mann-nrw-wie-hannelore-kraft-ihre-amtszeit-schoenredet\_id\_6906257.html):

"Die sieben Jahre rot-grüner Regierung unter Kraft haben dem Schulz-Heimatland keine Verbesserung beschert. Im Gegenteil: Kritiker bemängeln, daß selbst das geringe Wirtschaftswachstum durch neue Schulden erkauft worden sei. NRW hat rund 180 Milliarden Euro Schulden – und ist damit "Schuldenkönig von Deutschland" – und will 2017 nochmals 1,6 Milliarden an neuen Schulden aufnehmen, während die meisten Bundesländer ohne auskommen...

Auch in Sachen Bildung schneidet NRW schlecht ab. Im Bildungsmonitor 2016 landete das Land auf Platz 14. In welch schlechtem Zustand Straßen und Brücken sind, erfuhr der Rest der Republik spätestens mit der Sperrung der Rheinbrücke bei Leverkusen für Lkw. Der Bund klagt regelmäßig, daß NRW selbst bewilligte Gelder zur Sanierung nicht abrufe.

#### Die wirtschafts- und sozialpolitische SPD-Bilanz in NRW:

...Nach einer Studie der Bertelsmann Stiftung stieg die Kinderarmut in Nordrhein-Westfalen zwischen 2011 und 2015 von 17 auf 18,6 Prozent. Und die Quote, die die Armutsgefährdung insgesamt mißt, stieg nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im selben Zeitraum von 15,4 auf 17,5 Prozent. Bei der Arbeitslosenquote liegt das Land mit 7,7 Prozent im Westen an der Spitze. Insgesamt haben zwar mehr Menschen Arbeit, verdienen damit aber weniger..." (Focus, a.a.O.)

# Bei anderen klingen das Armuts-, das Wirtschafts- und das Sicherheitsthema noch dramatischer:

- NRW habe mit 23,6 Prozent die höchste Kinderarmutsquote aller westlichen Länder,
- die meisten Empfänger staatlicher Grundsicherung,
- das am stärksten steigende Armutsrisiko (lt. Statist. Bundesamt).
- Wie zum Hohn hat Minister-Präsidentin H. Kraft neue Schulden stets mit dem Kampf gegen Armut gerechtfertigt.
- Die NRW-Wirtschaft lahmt:
- NRW hat die höchste Arbeitslosenquote im Westen (7,7 %),

- Im Gegensatz zum Bundestrend (+ 1,2 %) ging der Export aus NRW mit 0,5 % in 2016 zurück,
- NRW leidet unter Wachstumsschwäche und bleibt damit weit unter den bundesweiten Zahlen. Eine wirksame Wachstumsstrategie fehlt.
- NRW ist kein sicheres Land!
- Im Land leben ein Fünftel der Deutschen, hier passierten 2016 aber mehr als ein Drittel aller Wohnungseinbrüche – Bundesrekord! Dazu kommen schwere Fehler der Sicherheitsbehörden – erst beim "Sex-Mob" in der Silvesternacht 2015, dann im Falle Amri. "Staatsversagen" sagt CSU-Innenexperte Stephan Mayer dazu.
- Straßen und Brücken sind marode: NRW hat ein Sechstel aller Autobahn-Kilometer in Deutschland, laut ADAC aber ein Drittel aller Staus (2016).

Hannelore Kraft gab sich trotz der miesen Bilanz am 2. April 2017 in Essen trotzig. Devise: Alles richtig gemacht! Weiter so!" (Quelle: BILD 3. April 2017)

# Und ein solches Szenario dürfte uns erst recht mit M. Schulz bevorstehen; denn der findet die Kraft(lose)-Politik in NRW gut.

Dichtung und Wahrheit also! Oder nennt man das Verblendung oder Selbstironie? Und wenn man das dann im Gegensatz zu Krafts Reden setzt, dann wird man am Ende messen können, wie stark ist die SPD, und wie stark auch die CDU ist.

"CDU-Spitzenkandidat Armin Laschet warf deshalb Kraft "Arroganz der Macht" vor. Die Regierungschefin ignoriere die Probleme des Landes und höre nicht mehr zu. FDP-Chef Christian Lindner beklagte, Kraft werde nicht müde, die schwarz-gelbe Landesregierung unter Jürgen Rüttgers für die Schwierigkeiten in NRW verantwortlich zu machen. Bis auf die fünf Jahre zwischen 2005 und 2010 habe jedoch seit 1966 immer die SPD den Ministerpräsidenten gestellt. Seit 1995 regieren die Sozialdemokraten im Land mit den Grünen. Dieses Bündnis hat nach aktuellen Umfragen keine Mehrheit mehr." (Focus a.a.O.)

Natürlich haben Amtsinhaber einen Bonus. Aber sie haben vor allem dann einen Bonus, wenn ihr Land gut dasteht, und wenn sie gute Ergebnisse vorzuweisen haben.

#### Fast überall auf den letzten Plätzen

Das ebenfalls ehemalige Kohle- und Stahlland Saarland hatte beispielsweise 2015 ein Wirtschaftswachstum von 2,4 Prozent gehabt, Nordrhein-Westfalen null Prozent gehabt. NRW liegt bei fast all diesen Statistiken, ob das Bildung ist, Wirtschaft oder was auch immer, immer auf den letzten Plätzen.

Dann gibt es riesige Probleme mit der inneren Sicherheit rund um den höchst umstrittenen Innenminister Jäger, der einen Flop nach dem anderen liefert. Ganz im Gegensatz zum Saarland; da gab es einen Innenminister, der eine hohe Anerkennung genoß, Klaus Bouillon, der auch als Vorsitzender der Innenministerkonferenz erfolgreich handelte. Die Unterschiede zwischen dem Saarland und Nordrhein-Westfalen und den Erfolgsbilanzen der Amtsinhaber sind doch sehr unterschiedlich.

## M. Schulz - Raffzahn, Blender, Selbstbeglücker

#### Die "Schulzifizierung" der SPD

Alle rufen Martin. Zumindest die SPD und die ihr geneigten Medien hoffen dies. Und wenn dieser Ruf mit Donnerhall nicht laut genug ertönt, hilft der Genosse Kandidat gerne nach: "Nun ruft doch mal Martin", versucht er z. B. bei einer Juso-Versammlung kürzlich in Würzburg, den Saal in Wallung zu bringen. Hätte der SPD-Nachwuchs gewußt, wie der saubere Herr Schulz mit unseren Steuergeldern umgegangen ist, wäre der Beifall wohl etwas spärlicher ausgefallen.

#### Ein peinlicher und gefährlicher Kandidat

Der Kandidat schlägt darob brav die Augen nieder und betont, daß sei alles nur Spaß gewesen. Die anwesenden Journalisten haben seinen Auftritt jedoch anders erlebt und per Video dokumentiert (BamS 12.3.17). Das ist einfach peinlich. Genauso peinlich wie ein anderer Satz an anderer Stelle: Auf die Frage, ob er sich als Popstar gefalle, antwortet der Kandidat: "Ich bin kein Popstar, ich bin Politiker. (...) Ich will schließlich Kanzler werden..." (BILD 10.3.17) und "Ich schwitze den Machtanspruch ja aus jeder Pore" (SPIEGEL). Da fehlte nur der Nachsatz: "Ich bin der Größte!"

Seine Kandidatur ist ein neuer Anlauf in der langen Laufbahn eines Berufspolitikers, der in seinen Funktionen vor allem dadurch aufgefallen ist, daß er die Steuerzahler viel Geld gekostet hat – ohne entsprechende "Gegenleistung".

Typen wie Schulz verweisen gerne auf vergleichbare Jobs in der freien Wirtschaft, wenn es um Einkommen geht, ignorieren aber geflissentlich, daß sie solche Jobs niemals bekommen würden. Wer will schon auch beruflich gescheiterte Schulabbrecher und Politikschwafler in der Führungsspitze seines Unternehmens?

#### Wer ist Martin Sch.?

Wer ist der Mann, der meint, sich derart aufblasen zu müssen? Schauen wir uns den Kandidaten doch 'mal etwas näher an:

Schulz hat, um es mal vornehm zu sagen, nicht die übliche Karriere eines Berufspolitikers hinter sich. Er stammt aus Hehlrath (Eschweiler), aufgewachsen in einer eher bürgerlichen Familie. Sein Vater war Polizist. Schulz hatte vier ältere Geschwister, besuchte die katholische Knabenschule und das katholische Gymnasium, das er schließlich ohne Abitur verließ. Denn er hatte anderes im Kopf – nicht, wie man in diesem Alter vermuten darf, die Mädchen, sondern er träumte von einer Fußballkarriere. Sein Vorbild, Idol und Halbgott war It. Wikipedia Wolfgang Overath und seine Bibel der "Kicker". Und so lautet seine Schulbilanz: zweimal sitzengeblieben, Schulabbrecher mit Mittlerer Reife, ein Jahr arbeitslos, Lehre als Buchhändler.

## Das "blaue" Wunder: "Ich trank, was ich kriegen konnte."

Mit der Fußballkarriere wurd's aber auch nichts – "dank" seiner schwächlichen Knochen. Es wurde also auch nichts mit einem eventuellen Welt- oder Europameister Schulz bzw. der ersehnten Nationalspielerlaufbahn. Und wo Pech ist, kommt schnell Pech hinzu: Bei der Bundeswehr wurde er ausgemustert – zuviel Pech auf einmal. So wurde der kleine Martin denn mit 20 J. Alkoholiker. Er soll gesoffen haben "wie ein Loch". Originalton Martin Schulz: "Ich trank, was ich kriegen konnte." (BILD 3.4.17)

"Er trinkt in Gesellschaft, er trinkt alleine. Zuerst geht es langsam bergab, doch dann verwahrlost er vollkommen...". Stets "blau", nannte man ihn in Würselen "das blaue Wunder". Diese Sucht habe er fünf Jahre später alleine besiegt, sagt er. Ist das Ausweis genug, Bundeskanzler zu können? (BILD a.a.O.)

#### Schulz - mitverantwortlich für die EU-Misere

Die SPD hofft, daß die EU-Vergangenheit von Martin Schulz nicht bekannt wird; denn er steht in vorderster Front der "Brüsseler Krake" und ist mitverantwortlich für all das, was Konservative seit Jahren bekämpfen – nämlich den Ausverkauf Deutschlands und das Ende der nationalen Identitäten in Europa.

In Brüssel hat der Kandidat allem zugestimmt, was die Nationalstaaten auslöscht, um den Traum von den "Vereinigten Staaten von Europa" zu verwirklichen. Europa der Vaterländer? Nostalgisches Geschwätz von gestern! Der Kandidat Schulz ist der klassische sozialistische Internationalist, dem die eigene Nation fremd ist. Und er vergißt unsere Werte, z. B.:

Von "weg mit den Kreuzen aus Schulen und öffentlichen Einrichtungen" bis zum "Estrella-Bericht" zugunsten der Förderung von Abtreibungen ("Das Recht auf Abtreibung ist ein Menschenrecht") usw. usw. – überall saß Schulz "in der ersten Reihe" der treibenden Kräfte.

#### Schulz gegen Merkel: Vom Regen in die Jauche

Schulz hat in der EU alles forciert, was uns schadet: Angefangen von den unseligen Zahlungen an Griechenland bis hin zu (noch mehr) Aufnahmen von vermeintlichen Flüchtlingen. Er vertritt, ähnlich wie Merkel, weiterhin eine Politik der "offenen Grenzen" – Stichwort "Willkommenskultur" – und fördert damit die unbegrenzte Aufnahme auch illegaler Einwanderer, die wir hier dann durchfüttern müssen. Und Schulz droht mit der "EU-Quotenkeule" – der zwangsweisen Verteilung der Flüchtlinge über die EU-Staaten nach Quote.

# Der Kandidat in der EU: Obereinpeitscher

Kandidat Schulz hat nicht nur allem zugestimmt, sondern die Herrschenden regelrecht angetrieben, und läßt durchaus zu, daß die blöden Deutschen die Schulden von Pleitestaaten übernehmen sollen (und müssen). Daß weiß allerdings kaum jemand.

Der Publizist Jürgen Elsässer ("Compact") schreibt zu Schulz im Vergleich zu Merkel:

"Martin Schulz, der vermeintlich neue Messias der SPD, hätte im Gegensatz zum alternativlosen Polit-Roboter Merkel immerhin den Vorteil, daß er herzerwärmend Unsinn kolportieren und unter die Mengen bringen kann. Nichtsdestotrotz zeigen die 23 vermasselten Jahre in Brüssel, daß Schulz Deutschland nicht vom Regen in die Traufe, sondern vom Regen in die Jauche bringen würde."

Nichts fürchtet die SPD derzeit – von einer Woge des Aufwinds getragen – mehr, als daß Martin Schulz' dunkle "europäische" Vergangenheit bekannt wird. Unverständlich, daß die Konkurrenz-Parteien diese Mitverantwortung nicht stärker herausstellen. Die SPD-Parteiführung fürchtet denn auch (zu Recht), daß die heute noch positiven Umfragewerte für Schulz rapide sinken, wenn seine politische und administrative Negativbilanz bekannt würde. Wir, Die Deutschen Konservativen e.V., werden in einer breitangelegten Kampagne zur Aufklärung der Machenschaften des Kandidaten mit beitragen.

# Macht-, Geld- und Geltungsbedürfnis

Noch schwebt der Kandidat in einer europäischen Nebelzone, was seine Vergangenheit angeht. Sein Vorteil: Er war bis zu seiner Nominierung zum Kandidaten der SPD für die meisten deutschen Wähler ein Unbekannter – "auch so einer aus Brüssel". Daß dieser "Auch-so-einer" sich in EU-Europa derweil die Taschen vollstopfte, hat niemanden interessiert, weil es niemand wußte.

Die SPD versucht deshalb, der Gefahr der Aufdeckung von Schulz' europäischem Macht-, Geld- und Geltungsbedürfnis dadurch entgegenzuwirken, daß sie das Thema Schulz und Europa wie der Teufel das Weihwasser meidet und stattdessen die Aufmerksamkeit auf den "Vertreter des kleinen Mannes", eben jenen Martin Schulz, zu lenken trachtet. Wenn dies nicht so skandalös und einer alten Partei wie der SPD unwürdig wäre, müßte man lauthals wiehern ob dieser Verrenkung. Anders ausgedrückt: In welch einem erbärmlichen Zustand ist diese Traditionspartei, daß sie zu solch unwürdigen Kandidaten Zuflucht nehmen muß?

"Der ehemalige Bürgermeister der Kleinstadt Würselen", nennt ihn nun die SPD bei jeder Gelegenheit – und verschweigt auch hier die desaströse Bilanz des "kleinen, braven und ehrlichen Bürgermeisters" ebenso wie seine verheerende Bilanz in Straßburg und Brüssel. Kurz: Schulz hat während seines Bürgermeisterregimes die Stadt Würselen nahezu zur totalen Pleite geführt.

# Und jetzt kommen wir zu einigen interessanten, weniger bekannten Fakten'):

Schulz war von 1986 bis 1997 Bürgermeister von Würselen. 1994 wurde er ins Europa-Parlament gewählt. Fällt was auf? Genau: Schulz war also von 1994 bis 1997 sowohl Bürgermeister als auch EU Parlamentarier.

Da fragt man sich natürlich, wie das funktioniert. Er konnte ja nicht gleichzeitig in Würselen und in Brüssel gewesen sein, obwohl beide Ämter unbestreitbar Vollzeit-Jobs sind.

Dieses Rätsel konnte Harald Gerling, Vorsitzender der Senioren Union Würselen, lösen. Zuwanderung.net hat mit ihm gesprochen.

"In dem Moment, als Schulz im EU Parlament war, hat er als Bürgermeister alles schleifen lassen", erinnert sich Gerling. "Auch bei den Sitzungen von Haupt- und Finanzausschuß hat er häufig gefehlt".

Kommentar am Rande: Ob so eine gewissenhafte Ausübung des Ehrenamtes Bürgermeister aussieht, überlassen wir der Beurteilung der Leser.

Harald Gerling kann sich noch gut an die Ära Schulz erinnern. Schulz sei der teuerste ehrenamtliche Bürgermeister gewesen, den Würselen je hatte (Chauffeur, Dienstwagen). Auch an Nebenverdiensten mangelte es Schulz nicht. Ein Jahr lang war er zusätzlich zu seinem Job als Bürgermeister auch noch Geschäftsführer des VABW (Verein für Allgemeine und Berufliche Weiterbildung e.V.). Diese Mühe wurde damals mit monatlich 10.000 (i. W.: zehntausend) DM entlohnt, so Harald Gerling.

"Was man auch nirgendwo liest ist, daß Schulz die Kommunalwahl 1999 verloren hat", informiert uns Gerling noch. Aha. Er ist also als Europaabgeordneter zusätzlich noch bei der Kommunalwahl angetreten.

Alles in allem ergibt sich – auch im Hinblick darauf, was über seine Zeit in Brüssel und den finanziellen Leistungen, die er dort in Anspruch nahm, gegenwärtig veröffentlicht wird – das Bild eines Politikers, der jeden Cent nimmt, den er irgendwie ergattern kann. Kommentar: Ob so einer als "Sprachrohr des kleinen Mannes" taugt, muß jeder für sich selbst entscheiden. \*(Quelle: Stöckl, http://www.zuwanderung.net/2017/02/19/martin-schulz-er-nimmt-was-er-kriegen-kann/

Würselen hat sich übrigens bis heute noch nicht von den Schulden aus der Zeit von Schulz als Bürgermeister erholt...

# Schulz' Versagen zum Kult erhoben

Der "Vertreter des kleinen Mannes" war nie ein Heiliger, sondern stets ein Scheinheiliger, der versuchte, sein Bein mit den Großen aus Politik und Wirtschaft zu heben. Das ist seinem unglaublichen Geltungstrieb – verursacht durch tiefsitzende Minderwertigkeitskomplexe – zuzuschreiben. Er hat wenig "Richtiges" gemacht in seinem Vor-Politikerleben, nichts Seröses durchgezogen, nichts zu Ende geführt und prahlt sogar damit, zweimal "sitzengeblieben" und nach darauf folgender Arbeitslosigkeit dem Suff verfallen zu sein (siehe oben). Daran zerbricht man, oder man versucht, es mit allerlei Tünche zu überspielen. So beteuert der Kandidat, er rühre seit Jahren keinen Tropfen Alkohol mehr an. Schulz ist ein solch übertünchter Mensch.

## Schulz' Kandidatur - verheerendes Signal an die Jugend

Schlimmer noch, er und die SPD machen einen Kult aus dem Schul- und Existenzversagen: "Seht her, ich habe zwar nichts Richtiges gelernt und war beruflich erfolglos, aber ich kann Politik", scheint sein Mantra zu sein, derweil die SPD landauf, landab gerade diese gescheiterte Existenz als "Vorbild" darzustellen versucht: "Was denn? Er ist zwar überall gescheitert, aber so einer kann bei uns Europaparlaments-Präsident werden!" Welch' ein verheerendes Signal an unsere Jugend, der wir beibringen sollen, daß Disziplin, Fleiß und (Aus-)Bildung für die Zukunft eines Menschen unverzichtbar sind! So macht der Kandidat die Gesellschaft kaputt!

Der "Kaviarsozialist" Schulz als Vertreter des "kleinen Mannes"? Man könnte meinen, Martin Schulz sei in seinem Politikerleben der Robin Hood für die Kleinen im Kampf gegen das Steuerdumping großer Konzerne gewesen. So gab und gibt er sich gerne. Die Wahrheit ist bitter:

Bei der "Luxleaks"-Affäre war dieser Martin Schulz eher "Verklärer" denn Aufklärer. Worum geht es dabei eigentlich? Ein ganzes Netzwerk von Journalisten deckte auf, wie Luxemburg die großen Konzerne **Steuern in großem Umfang sparen** ließ. So konnten die Konzerne praktisch einen Verschiebebahnhof für die Gewinne ihrer Tochtergesellschaften errichten und die Steuerlast von fast 30 Prozent auf knapp 6 Prozent reduzieren. Was die Großen hier tun, bleibt den Kleinen wie Mittelständlern, Freiberuflern und erst Recht allen Angestellten und Arbeitern verwehrt (von wegen "Vertreter des kleinen Mannes").

Das seriöse "Handelsblatt": Schulz "wettert gegen Steuerdumping. In Brüssel aber blockierte er die Aufklärung der Luxemburger Steueraffäre" (...) "Luxleaks war die Gelegenheit für das Europaparlament, gegen Steuervermeidung in Europa vorzugehen. Schulz hat einen Untersuchungsausschuß verhindert und damit das Parlament schwach gemacht", so Sven Gleogold, Vizechef der Grünen-Fraktion im Europaparlament.

(Quelle: Handelsblatt "Bodyguard in Brüssel", 9.2.17)

Den wirklich wichtigen Hintergrund der wikilux-Geschichte, warum Schulz den Untersuchungsausschuß des EU-Parlaments verhindert hat, erfährt man nicht aus der Zeitung: St. Martin wollte seinen guten Freund Jean-Claude Juncker decken!

Da paßt es auch ins Amigo-Bild, daß er Beförderungen, Gehaltserhöhungen und Extra-Zahlungen für treue Genossen durchdrücken wollte.

(http://www.spiegel.de/politik/deutschland/martin-schulz-markus-engels-profitierte-von-fragwuerdigen-zahlungen-a-1134030.html)

http://www.focus.de/politik/deutschland/spd-kanzlerkandidat-neue-diskussion-um-vorwuerfe-gegen-martin-schulz\_id\_6765293.html?utm\_source=huffington%20post&utm\_medium=referral&utm\_term=outbrain-artikel-sb&utm\_content=crossportal&utm\_campaign=unser%20netzwerk).

Eine Prüfung des Haushaltsausschusses erfolgte, wohl auch eine Rüge – auf mehr darf das liebe Stimmvieh wohl warten, bis die Wahlen gelaufen sind.

Worüber man in Sozi-Kreisen auch nicht spricht: Schulz will Euro-Bonds, also die Vergemeinschaftung der Staatsschulden der Euro-länder, was nach dem EU-Lissabon-Vertrag ausdrücklich ausgeschlossen ist und gigantische Nachteile und unüberschaubare Risiken gerade für Deutschland bringen würde. Ich habe das einmal in einem Artikel plastisch dargestellt: "Uns' Oma haftet mit ihren Spargroschen für die Schulden finanziell leichtfertiger Staaten." Und dafür macht sich ein Schulz stark???

## Spesen-Ritter mit Riesen-Hofstaat

Und auch das noch: Schulz ist ein Spesen-Ritter, der sich in Brüssel und Straßburg wie ein Fürst einen verschwenderischen Hofstaat mit 32 Bediensteten, inklusive Butler und zwei (!) Chauffeuren gegönnt hat. Und jetzt entdeckt er sein Mitleid für den "kleinen Mann"? Wie verlogen! Links reden, aber rechts leben, das kennen wir schon von anderen Sozialisten!

Die Wähler sollten aufpassen! Wenn der nette Onkel Schulz davon redet, man müsse es den "Reichen" nehmen, um es anschließend den "Armen" zu geben, kann der Schuß schnell nach hinten losgehen. Nach der Wahl werden dann alle Leistungsträger plötzlich zu "Besserverdienenden" erklärt. Schon Rudolf Scharping hat als früherer SPD-Kanzlerkandidat ja mal alle Einkommen über 50.000 D-Mark (!) dazu gezählt. Dann dürfen selbst Facharbeiter und Sekretärinnen für Schulzens Wahlversprechen bluten. Warum hörte ich das vom CDU-Generalsekretär nicht???

Und letztlich: Der Kandidat Schulz würde wohl jäh auf den Boden der Tatsachen gerissen, wenn er als besonders "Besserverdiener" mehr Steuern zahlen müßte. Nach Ansicht von Fachleuten hat er in seinen vielen EU-Jahren Millionen Euro zusammengerafft – er, der Vertreter des "kleinen Mannes"!

Martin Schulz als Robin Hood im Kampf gegen Steuerdumping großer Konzerne ist daher wohl nur Wahlkampfrhetorik der SPD. Schulz als Vertreter des "kleinen Mannes"? Doch wohl eher als Schutzpatron des großen Geldes, der Multis! Man darf allerdings fragen: Warum tut Schulz so etwas?

# Schulz-Einkommen: Der "kleine Mann" und das große Geld

Der "Kandidat des kleinen Mannes" kann noch ganz anders und viel mehr, wenn es ums Geld geht – um das Geld des Staates. Der Kandidat greift denn auch hemmungslos zu, wo was zu holen ist: Alle EU-Parlamentarier streichen üppige Gehälter ein, doch Martin Schulz ist der Spitzenverdiener. Zusätzlich zum Grundgehalt sammelte der Präsident jeden Monat rund **18.000 Euro an steuerfreien Zuschlägen** an, rechnet Verwaltungswissenschaftler von Arnim vor.

Als Präsident des Europäischen Parlaments trieb Schulz die ohnehin erstaunliche Zulagen-Sammelei der Abgeordneten auf die Spitze. Schon das Grundgehalt eines EU-Parlamentariers kann sich sehen lassen: Ein normaler Abgeordneter bekommt 8.021 Euro. Allerdings gibt es auch hier Ausnahmen: Im Jahr 2009 konnten sich die deutschen Parlamentarier in Straßburg entscheiden, ob ihre Entschädigung nach den Vorgaben der Europäischen Union bezahlt werden soll, oder lieber weiterhin das deutsche Abgeordnetengesetz gelten soll.

"Schulz entschied sich damals für letzteres – deshalb erhält er nun 8252 Euro im Monat", sagt von Arnim FOCUS Online. Für dieses Grundeinkommen muß der Parlamentspräsident auch Steuern bezahlen. Aber damit ging's erst los!:

# Pauschale I (zusätzlich zu den Diäten): Die "Allgemeine Kostenpauschale" (von 4.299 Euro im Monat!)

"Hinzu kommen nach dem insoweit für alle geltenden Europarecht jedoch mehrere Pauschalen", erklärt von Arnim. Erstens die allgemeine Kostenpauschale von 4.299 Euro. Wofür Schulz und die anderen Abgeordneten dieses Geld bekommen? "Sie können davon Büroeinrichtung oder Kraftfahrzeugkosten in Deutschland bezahlen", sagt von Arnim.

Die Betonung liegt auf "können". Denn die Abgeordneten können selbst entscheiden, wieviel von dem Geld sie tatsächlich für ihre Arbeit aufwenden. "Wieviel von der Pauschale gar nicht benötigt wird, ist schwer zu schätzen", so der Verfassungswissenschaftler gegenüber FOCUS Online. Er ist sich jedoch sicher, daß es sich um einen "erheblichen Teil" handelt.

### "Ein verschleiertes zusätzliches Einkommen"

Denn viele Ausgaben werden bereits aus anderen Töpfen bezahlt. Schulz lebt im nordrhein-westfälischen Würselen. Wenn er von dort nach Straßburg zum Europäischen Parlament reist, muß er seine Kostenpauschale nicht antasten – die Reisekosten werden ihm gesondert bezahlt

Aber nicht nur in Straßburg wurden ihm Räumlichkeiten zum Arbeiten gestellt. Auch wenn Schulz als Abgeordneter nach Berlin reist, ist er gut versorgt: Dort dürfen die deutschen EU-Parlamentarier die Infrastruktur des Bundestags nutzen. Um persönliche Mitarbeiter zu bezahlen, bekommt Schulz wie alle Abgeordneten außerdem ein Extrabudget.

Der Teil der Pauschale, der nicht für arbeitsbezogene Ausgaben aufgewendet wird, stelle somit "ein verschleiertes zusätzliches Einkommen da", sagt von Arnim – "und zwar steuerfrei".

- Pauschalen II: Die Sitzungspauschale von 304 Euro bekommt ein Europaparlamentarier für jeden Plenumstag in Straßburg (natürlich zusätzlich zu den Diäten). "Als Parlamentspräsident bekam Schulz dieses Geld jedoch nicht nur an Sitzungstagen, sondern an 365 Tagen im Jahr", sagt von Arnim. In einem Monat mit 30 Tagen kommt Schulz auf diese Weise auf zusätzliche 9.120 Euro – im Jahr sammelt er so 110.960 Euro.
- III: Residenz- und Repräsentationszulage für den Präsidenten. Weitere Vorteile des Präsidentenpostens: Schulz bekommt eine Residenzzulage von 3663 Euro im Monat und eine Repräsentationszulage von monatlich 1418 Euro.
- Der ehemalige EU-Parlamentspräsident Martin Schulz hatte 324.221 Euro Bezüge, von denen sagenhafte 225.197 Euro steuerfrei sind.

Und das haarscharf am Gesetz vorbei. Er nahm einfach mit, wo die gesetzliche Regelung schwammig war, z. B. tägliche Spesen – auch an den Tagen, an denen er nicht politisch tätig oder für den SPD-Wahlkampf unterwegs war: 365 Tagespauschalen im Jahr von 304 Euro pro Tag, an 365 Tagen im Jahr – das sind jährlich 110.960 Euro, steuerfrei!

Anfangs abgestritten und erst auf Druck zugegeben: Jeden Tag Tagegeld, auch an sitzungsfreien Tagen "Der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz (SPD), hat während mehrerer Wahlkampfveranstaltungen im In- und Ausland das so genannte Tagegeld der EU in Höhe von 304 Euro pro Tag erhalten. Dies geht aus einer schriftlichen Antwort eines Sprechers von Martin Schulz auf eine Anfrage des ARD-Politikmagazins REPORT MAINZ und den veröffentlichten Wahlkampfterminen von Schulz hervor. Die Tagegelder für EU-Parlamentarier sind eigentlich für Ausgaben im Rahmen der Parlamentsarbeit vorgesehen, vor allem für Unterkunft und Verpflegung in Straßburg und Brüssel.

Nach Unterlagen des EU-Parlaments, die REPORT MAINZ vorliegen, steht dem Parlamentspräsidenten – im Gegensatz zu allen anderen Abgeordneten – das Tagegeld nicht nach Anwesenheit, sondern automatisch an 365 Tagen im Jahr zu. Damit bekommt er jährlich zusätzliche steuerfreie Gelder in Höhe von knapp 111.000 Furo

Der Speyerer Verwaltungswissenschaftler Hans Herbert von Arnim sagte dazu gegenüber REPORT MAINZ: "Man könnte dem Parlamentspräsidenten eine Amtszulage geben, die müßte dann aber voll versteuert werden. Was jetzt geschieht, ist ein verschleiertes, steuerfreies Zusatzeinkommen, und das ist ein Mißbrauch."

Laut Aussagen seines Sprechers bekommt Martin Schulz die Tagegelder seit dem 18. April 2014 nicht mehr, da er sich im Wahlkampf befinde. Der Terminkalender von Martin Schulz zeigt jedoch, daß der Bewerber um das Amt des EU-Kommissionspräsidenten bereits vor diesem Tag europaweit an mehr als zehn Wahlkampfveranstaltungen teilgenommen und in dieser Zeit die vollen Tagegelder erhalten hat. Dazu sagt Hans Herbert von Arnim: "Wenn man sich die Termine anschaut, wo er für die SPD Wahlkampf gemacht hat, dann zeigt das, daß er längst vor dem 18. April schon im Wahlkampf war. Und deswegen eigentlich an diesen Terminen Tagegeld nicht hätte einstreichen dürfen."

Martin Schulz hatte REPORT MAINZ gegenüber am 22. April 2014 am Rande einer Wahlkampfveranstaltung bestritten, die 365 Tagessätze zu erhalten. Erst auf schriftliche Nachfrage hin erklärte sein Sprecher, daß er dieses Geld seit Amtsantritt 2012 bekomme habe – bis zum 18. April 2014.

Das Ende der Zahlungen habe Schulz kurz nach seiner Wahl zum Spitzenkandidaten der europäischen Sozialdemokraten Anfang März verfügt. Trotz mehrfacher Nachfragen von REPORT MAINZ legte der Parlamentspräsident hierfür jedoch keine Belege vor...

(Quelle: http://www.swr.de/report/presse/eu-tagegeld/-/id=1197424/did=13302262/nid=1197424/gc8skf/, Stand: 29.4.2014)

#### Und das paßt zum Raffzahn:

"Focus" macht in einem Artikel vom 20. Februar 2017 nochmals auf die Geschichte aus dem Jahre 2004 aufmerksam:

"Es ging alles ganz schnell. Martin Schulz betrat das Europäische Parlament, lief in den Vorraum des Gebäudes, trug seinen Namen in die Anwesenheitsliste ein, drehte sich um und verschwand sogleich wieder."

Durch diese Unterschrift hatte er damals 262 Euro Tagesgeld kassiert, obwohl er an der Parlamentssitzung gar nicht teilnahm. Die Überschrift des Focus-Artikels "Der Scheinheilige" könnte kaum treffender sein. Fazit: Ein wahrhaft glaubwürdiger Vertreter des "kleinen Mannes"

# Damit steht Schulz nicht allein – aber ist wohl eher negatives "Vorbild", wie das Folgende zeigt:

Ein Team von RTL hat gewagt, was unsere öffentlich-rechtlichen Sender nie wagen würden, nämlich sich auf die Suche nach den Abzockern aus dem EU-Parlament gemacht: EU-Abgeordnete, die vor laufender Kamera Abzocke an EU-Steuergeldern begehen.

Beste Szene: Als EU-Abgeordnete **Hiltrud Breyer von den Grünen** auf dem Weg, um ihr Tagesgeld zu kassieren, die Kamera sieht, läuft sie geschockt weg und versucht in Panik, die Aufzugstür zu schließen.

(Video-Quelle: D. Berger, https://philosophia-perennis.com/2017/03/11/abzocke-im-eu-parlament-gruene-flieht-vor-kamera/)

"Natürlich erhält der Parlamentspräsident diesen Betrag nicht in vollem Umfang zu freien Verfügung, aber durchaus zu einem großen Teil", sagt der Wissenschaftler Prof. von Arnim. Klar ist für ihn, daß "dieser Summe kein entsprechend hoher Aufwand gegenübersteht".

Nach dieser Rechnung verdiente der EU-Parlamentspräsident Schulz mehr als die deutsche Bundeskanzlerin (rund 300.000 Euro im Jahr).

## \* Der wirkliche "kleine Mann" im Vergleich zu Schulz

Zum Vergleich der von Schulz angeblich vertretene echte "kleine Mann":

Wenn ein Arbeitnehmer in Brüssel arbeitet, kann er pauschal oder nach Aufwand abrechnen. Die Verpflegungskostenpauschale ist auf 41 Euro limitiert. Die Übernachtungspauschale beträgt 135 Euro. Bekommt er ohne Mehraufwände mehr oder sind andere Kosten schon berücksichtigt, sind Steuern auf zuviel gezahlte Aufwände fällig. Auch kann man unter Umständen wegen Spesenbetrugs schnell aus der Firma fliegen – aus dem EP jedoch nicht.

Von einem wie Schulz kann der "kleine Mann" nur träumen, erst recht, wenn er ein kleiner Parlamentarier im Stadtrat und Kreistag ist! Von dem, was er dort für seine "ehrenamtliche" Tätigkeit bekommt – ca. 4.000-5.000 Euro im Jahr – wird alles, was über 2400 Euro liegt, versteuert. Die vielen Stunden, die in den Räten, Ausschüssen und Fraktionssitzungen zusammenkommen, dafür muß halt Freizeit geopfert werden – ohne weitere "Zuwendungen".

Rechnet man Schulz' Einnahmen zusammen, also Sitzungsgelder, Residenzzulagen, Kostenpauschalen, Wahnsinns-Tagegelder, die er erst im Fernsehen leugnete, dann verschwiemelt gestand, brachte er es "auf die höchste Verdienstsumme, die je ein deutscher Politiker aus Steuergeldern erhalten hat – rund 280.000 Euro jährlich. Netto!" (ACHGUT).

Würde Schulz wie ein normaler Steuerbürger behandelt, müßte er bei einem Steuersatz von 45 Prozent also brutto 500.000 Euro verdienen, um das zu kassieren, was ihm als EU-Parlamentspräsident zugeflogen ist.

# Schulz, der "Gegen-Reformator" als "Über-Schröder"

Schulz war und ist seit ewigen Zeiten Europäer, und niemand hatte jemals etwas von seiner Meinung zur Situation in Deutschland

gehört. Dort, inklusive (fehlender) wirtschaftspolitischer Vorstellungen, ist der Kandidat bisher noch ein weißes Blatt. Wenig bekannt sind insbesondere die wirtschafts- und finanzpolitischen Vorstellungen des Kandidaten – und was jetzt mit heißer Nadel für ihn gestrickt wird, läßt finstere Ahnungen aufkommen.

Wir wissen, welche Politik Schulz in Brüssel und Straßburg betrieben hat. Was wir aber (noch nicht) wissen: Was will Schulz, wenn er Kanzler würde? Will er vielleicht das vollenden, was er von Brüssel und Straßburg aus nicht ganz geschafft hat?

#### Schulz steht für viele politische Fehler der SPD.

Er trägt mit die Hauptverantwortung für die Asylkatastrophe über die Schuldenmacherei, Gratis-Wohlfahrtsstaat-für-Alle-Illusion und leistungsfeindlichen Schulpolitik bis zur Genderei und "Grundeinkommen für Alle", auch wenn sie nicht arbeiten. Jeder Anspruch soll erfüllt werden. Abtreibung und Schwulenehe als zentrale gesellschaftliche Werte. Und alles durchsetzt von der Political Correctness. Datenschutz statt Schutz vor Verbrechern. Und vieles andere mehr, was schlecht und teuer ist….

Daß der Kandidat die alte Beschwörungsformel von "mehr Gerechtigkeit" aus der sozialistischen Besenkammer holt – geschenkt! Abenteuerlich wird es aber, wenn es ans Eingemachte gehen soll: Der Kandidat schwingt sich auf, seinen Genossen Gerhard Schröder zu korrigieren – und damit das rot-grüne Gespenst zu reanimieren.

Dabei rechnet er offensichtlich mit schnellem Vergessen der Wähler; denn noch bis vor kurzem sang Schulz Loblieder auf Hartz-IV. Er feierte laut und überschwänglich SPD-Schröders Agenda-Politik als "historische Großtat". Jetzt macht er den dreifachen Salto rückwärts – "weg damit, unsozial!"

Er, der "Heilsbringer", will also zuvörderst den Hartz-IV-Reformen an den Kragen. Daß diese jedoch Deutschland aus der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftskrise herausgeholt hatten, ist dem Kandidaten keine Silbe wert. Frischen wir sein Gedächtnis ein bißchen auf:

### So sah es zur Zeit von Rot-Grün, vor Schröders Reformen, aus:

• 5,3 Millionen Arbeitslose (heute: 2,76 Mio., Std. Febr. '17)

- 12,5 Prozent Jugendarbeitslosigkeit (heute: 5,5 %, Std. Febr.'17)
- 1,8 Millionen Langzeitarbeitslose (heute: keine Million, sondern 947,5 Tausend)

**Deutschland war vor der Reform der "kranke Mann Europas".** Will Schulz das mit seiner "Rolle rückwärts" wieder werden? Es würde zu dem blinden Karrieristen Schulz passen:

Denn alles, was Merkel zu verantworten hat – ob Eurodesaster, griechische Konkursverschleppung, grenzenlose Zuwanderung oder Brüsseler Monsterbürokratie: Bruder Martin war stets mit dabei, half kräftig mit und trieb voran.

Und nun läuft er mit der Gießkanne warmen Regens durch die Gegend und verspricht jedermann Heil und Segen: **Am sozialistischen Wesen soll jeder genesen!** 

Alle, die sich kritisch mit den (spärlich vorhandenen) wirtschaftsund sozialpolitischen Absonderungen dieses Herrn beschäftigen, kommen jedoch zu vernichtenden Ergebnissen:

#### Ökonomen warnen vor Gefahren für den Arbeitsmarkt

Warnungen vor einer Aufweichung der Agenda 2010 kamen von den bedeutendsten Wirtschaftsforschern. "Die Politik sollte sich auch im Wahlkampfmodus erst einmal fragen, welche Grundpfeiler in den vergangenen Jahren die Stabilität des deutschen Arbeitsmarkts getragen haben", sagte der *Chef der Wirtschaftsweisen, Christoph Schmidt*, der Rheinischen Post. "Ein wesentlicher Bestandteil waren die Reformen der Agenda 2010, die den beeindruckenden Abbau der Arbeitslosigkeit und gleichzeitigen Aufbau der Beschäftigung seit 2005 mitgetragen haben."

Ifo-Instituts-Präsident Clemens Fuest sagte, bei undifferenzierter Rückabwicklung der Agenda drohten "Gefahren für den Arbeitsmarkt und für das Wirtschaftswachstum in Deutschland".

Der Kritik an Schulz' Plänen schloß sich auch das *Institut der deutschen Wirtschaft* an. Direktor Michael Hüther warnte in der Passauer Neuen Presse ebenfalls vor einer verlängerten Bezugsdauer beim Arbeitslosengeld I.

"Eine Ausdehnung der Zahlung führt nicht zu höherer Wiederbeschäftigung, das wissen wir aus vielen Studien und Befragungen. Es wäre reine Alimentierung."

Ähnlich äußerte sich der Koblenzer *Arbeitsmarktforscher Stefan Sell* im MDR: "Das ist eine Korrektur, die dem Einzelnen dann ein, zwei, drei Monate hilft. Aber es ändert an dem Hartz-IV-System doch gar nichts."

Der frühere Chef der Wirtschaftsweisen, Bert Rürup, geht davon aus, daß die SPD mit ihren neuen Wahlversprechen den Arbeitsmarkt nicht verbessern wird. Rürup: "Das größte Arbeitsmarktproblem ist immer noch die verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit", sagte der Ökonom dem Handelsblatt. Den Langzeitarbeitslosen helfe eine längere Bezugsdauer des Arbeitslosengelds nicht.

Die SPD sollte sich sehr genau überlegen, ob sie die erprobten Reformen weiter fortführt oder auf die Schalmaien ihres Kandidaten hereinfallen will. Beides zusammen geht nicht. Die SPD steht also wieder 'mal vor dem Dilemma, Gutes aus dem Fenster zu schmeißen und durch Schlechteres, aber vermeintlich Populäres, zu ersetzen.

#### **Fazit**

Jubelnde Pressechöre lassen uns täglich wissen, wie dicht die mit dem Bundespräsidenten beschenkte SPD vor dem Gewinn der Kanzlerschaft steht. Doch das Laienschauspiel des Martin Schulz ist so unglaubwürdig, daß man sich fremdschämt.

Wo Schulz das Sagen hat, halten die Steuerzahler den Atem an. Der Kanzlerkandidat der SPD steht sinnbildlich für eine politische Kaste, die sich im Besitz des Staates wähnt, dessen Pfründen unter sich aufteilt und dem das Volk, vor allem der "kleine Mann", völlig schnuppe ist.

Nun also versucht sich der gescheiterte EU-Zentralist als Kanzlerkandidat. **Doch Martin Schulz ist keiner von uns – so sehr er dies auch vorgibt zu sein. Wir sollten ihm keine Chance geben!** 

# "Brüssels größtes Licht" und sein Machtanspruch

Kleinere Parlamentsfraktionen wie die Grünen oder Linken fühlten sich in der Ära Schulz an den Rand gedrängt und ignoriert. Auch

wurden Schulz Eigenmächtigkeiten vorgeworfen – sowohl inhaltlich, wenn er für das Parlament sprach, als auch bei der Besetzung von Spitzenposten im Haus. Etliche Abgeordnete zeigen sich nun erleichtert, daß neue Zeiten anbrechen und Schluß sei mit dem Größenwahn und der Selbstverherrlichung des neuen "Sonnen-Königs" der SPD. Und wie auf Zuruf ist gerade jetzt ist ein neues Video aufgetaucht, indem sich Schulz selbst als "Brüssels größtes Licht" besingt: https://www.youtube.com/watch?v=YbK1a\_HchHg Dümmer geht immer! (Quelle: M. D.)

#### Präsident Schulz, der Steuerhinterzieher

Gegen den SPD-Kanzlerkandidaten Martin Schulz sind Vorwürfe der Begünstigung von Mitarbeitern laut geworden.

Der "Spiegel" berichtete, Martin Schulz habe sich als Präsident des EU-Parlaments persönlich dafür eingesetzt, daß sein Vertrauter Markus Engels in den Genuß vorteilhafter Vertragskonditionen gekommen sei.

Dies belege ein Schreiben von Schulz an die zuständige Vorgesetzte, die damalige Chefin der Generaldirektion Kommunikation, Juana Lahousse-Juárez.

Dem "Spiegel"-Bericht zufolge bat Schulz in dem Brief am 18. Januar 2012, Engels bis zum Ablauf seines Vertrags auf eine sogenannte "Langzeitmission" nach Berlin zu entsenden, um "dort meine Aktivitäten in Deutschland" zu unterstützen.

Engels, der heute Schulz' Wahlkampfmanager ist, arbeitete seit 2012 für Schulz im Informationsbüro des Europaparlaments in Berlin. Trotzdem war sein offizieller Dienstsitz Brüssel. Das trug ihm unter anderem einen Auslandszuschlag in Höhe von 16 Prozent des Bruttogehalts ein.

Laut SPD habe es sich dabei um eine in Brüssel übliche Vertragsgestaltung gehandelt. Nach Auskunft des Europaparlaments sei eine Dauerdienstreise dagegen keineswegs üblich: So seien seit Beginn 2016 von rund 7600 Parlamentsmitarbeitern gerade mal 13 auf so einer Langzeitmission gewesen.

(http://ohnezensur.net/der-steuerhinterzieher/)

Der Fall Engels ist laut "Spiegel" nicht der einzige Fall, in dem Schulz sich möglicherweise regelwidrig für enge Mitarbeiter einsetzte. Wie das Nachrichtenmagazin unter Berufung auf einen internen Vermerk von Beamten des Europaparlaments berichtete, versuchte Schulz im Oktober 2015 in vier weiteren Fällen, Mitarbeitern in seinem Präsidentenkabinett Karrierevorteile zu verschaffen. Schulz' Entscheidungen seien in großen Teilen "nicht vereinbar mit den Personalvorschriften" der EU, schrieben die Beamten den Angaben zufolge. (afp)

Wenig freundlich sieht das auch eine Kollegin im EP, Ulrike Trebesius, Politikerin und Bauingenieurin und seit 2014 EU-Abgeordnete für die Liberal-Konservativen Reformer:

"Ich bin sehr froh, daß wir ihn los sind", sagt Trebesius über Martin Schulz. "Schulz' Karriere in Brüssel ist abgelaufen, und er suchte nun nach einer Anschlußverwendung." Und: "Vielleicht ist es Schulz' Vorteil, daß seine Rolle in Brüssel bei uns zu Hause in Deutschland nicht bekannt ist."

Für die EU-Abgeordnete, die Martin Schulz als Parlamentspräsident in den letzten zweieinhalb Jahren in Brüssel erlebt hat, ist es unverständlich, wieso Schulz jetzt der Ansicht ist, daß die Kanzlerin wegmüsse. In Brüssel vertrat Martin Schulz die Kanzlerin – nun will er sie entmachten? Er will gegen die Eliten kämpfen, zu denen er gehört und sich selbst auch rechnete?

Martin Schulz sagte selbst: "An den Taten sollen die Menschen gemessen werden." Was hinterläßt er denn? "Er hinterläßt eine EU, die in ihren Grundfesten erschüttert ist und keine Antworten findet. Das ist nicht seine alleinige Schuld, doch er hat sich immer als besonders politischer Parlamentspräsident verstanden und diese Politik offensiv vertreten."

Aber wie schon von Trebesius gesagt, das weiß bei uns offensichtlich niemand. (Vielleicht trägt diese Broschüre mit dazu bei, die Wissenslücke ein wenig zu schließen.)

# Kritik an den fehlenden wirtschaftspolitischen Vorstellungen des Kandidaten – wirkliche und vermutete Pläne des Kandidaten Schulz

Zu den wenigen wirtschaftspolitischen Vorstellungen, die Schulz bisher vorgestellt hat, hagelt es Kritik von Fachleuten. Überraschend äußern sich aber auch Medien negativ über die mangelnde Kompetenz des Kandidaten, die sonst eher lobende Worte für die SPD finden:

Spiegel online ätzt in einer seiner seltenen kritischen Kolumnen über die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der SPD und ihres Kandidaten:

"Jetzt haben wir also die Wahl. Entweder kriegen wir im Herbst den Schulz, dann wird alles gerechter, nur daß wir wirtschaftlich leider abstürzen, weil das natürlich alles teuer ist, was der machen will. Oder wir haben wieder die Merkel, dann behalten wir die tollen Wirtschaftsdaten, aber leider auch das Gefühl, daß vieles ungerecht ist.

So oder so ähnlich klingt das gerade, wenn man den einen oder anderen Kommentar zu diesem Prinzen namens Martin Schulz hört, der (nicht nur) die SPD wach küßt. Der Tenor paßt zu dem, was handelsübliche Wirtschaftsexperten uns ewig schon erklären wollen: Man könne halt nur gut wirtschaften, wenn es nicht allzu gerecht zugehe. Weil Gerechtigkeit in der Regel teuer ist; und weil keiner sich mehr anstrengt, wenn, sagen wir, zu lange Arbeitslosengeld gezahlt wird.

Tatsächlich spricht eine Menge dafür, daß von Gerechtigkeit allein keine wirtschaftliche Dynamik entsteht – und daß man dann eben auch nichts an die Verlierer des (ausgebliebenen) Aufschwungs verteilen kann. Auch der SPD-Kanzlerkandidat hat noch nicht so viel Schlaues dazu gesagt, wie sich dieses Dilemma auflösen läßt...

(http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/martin-schulz-im-wahlkampf-masterplanfuer-eine-sozialere-marktwirtschaft-a-1137114.html)

Und ARD-Kommentatorin Angela Ulrich (Hauptstadtstudio) legt nach:

Wahlkampf des SPD-Kandidaten: Das ist zu wenig, Martin Schulz! Soziale Gerechtigkeit soll es also sein, das Wahlkampfmotto von SPD-

Kanzlerkandidat Schulz. Erstmals wird er sogar etwas konkreter: An der Agenda 2010 will er rütteln. Das Wie bleibt offen. An kleinen Schrauben drehen reicht aber nicht.

Es sind derzeit Martin-Schulz-Festspiele in Deutschland. Der gefühlige SPD-Messias aus Würselen bringt Hallen zum Toben, Umfragewerte zum Explodieren und Genossen zum Weinen – vor Rührung. "Daß ich die SPD glücklich machen kann, macht mich glücklich", schwelgt Schulz und lächelt beseelt. Bei diesem Rückenwind in Orkanstärke kratzt Martin Schulz jetzt mit Bedacht an einem Symbol, einem Schicksalsprojekt der SPD.

Um die Agenda 2010 beneidet Deutschland die halbe Welt. Sie ist der Beweis, daß die SPD auch harte Reformen kann. Sozialsysteme sanieren, den Arbeitsmarkt flexibler machen. Arbeitslosigkeit runterbringen. Deutschlands Wohlstand festigen. So sehen es die Schröderianer, und bisher auch die meisten Gabrielianer unter den Genossen. Für die anderen ist die Agenda immer Teufelszeug gewesen – der Einstieg in eine unsoziale Niedriglohnpolitik.

Jens Eberl vom WDR schlägt in die gleiche Kerbe:

#### Es bleibt diffus

Soziale Gerechtigkeit ist nun aber DAS Wahlkampfmotto von Martin Schulz, wenn auch bisher ziemlich diffus. Daß er gerade bei der Agenda 2010 das erste Mal etwas konkreter wird, ist folgerichtig und macht ihn auch sympathisch: Wir haben Fehler gemacht, räumt Schulz ein, aber wir korrigieren diese Fehler!

Allerdings bleibt er gleich wieder diffus. Was genau sich ändern soll für Arbeitslosengeld-Zwei-Empfänger – das verrät Schulz auch den jubelnden Genossen bei einem Bielefelder Arbeitskongreß nicht. Nur, daß sich "Lebensleistung" wieder lohnen müsse – und es nicht mehr so viele befristete Arbeitsverträge geben soll.

#### Kleine Schräubchen reichen nicht

Das ist zu wenig, Martin Schulz! Ein paar kleine Schräubchen drehen, und den Jubel darüber mit in den Wahlkampf nehmen? Damit ist es nicht getan – außer, daß nun SPD-Minister in der Bredouille stecken. Andrea Nahles zum Beispiel: Die muß sich sofort die Frage gefallen lassen, warum sie als amtierende Arbeitsministerin nicht längst versucht hat, die Agenda zu korrigieren, wenn es denn so wichtig sei.

Wo ist der größere Wurf jenseits des Testballons? Kommt noch? Sollte er auch, wenn der SPD-Schwung nach links nicht schnell wieder verpuffen soll.

(ARD, 20.02.2017: https://www.tagesschau.de/kommentar/kommentar-schulz-agenda-101.html)

### Was "blüht" uns mit Rot-Rot-Grün?

Da der Kandidat noch immer seine Pläne für die Politik eines Bundeskanzlers Schulz verbirgt, dürfen wir mit Blick auf "bewährte rotrot-grüne Konzepte" einige Beispiele aufzeigen, die auf uns nach der sozialistischen Machtübernahme zukämen:

Eine SPD-Grüne-Linke-Koalition ("Rot-Rot-Grün" oder "R2G") würde letztlich Deutschlands Untergang, den Untergang der Demokratie, der Freiheit, und der Menschlichkeit bedeuten. Denn hier wird keine Politik gemacht, sondern eine Ideologie verkauft, die Deutschland noch nie gutgetan hat.

#### Was will Rot-Rot-Grün ändern, sollten sie die Wahl gewinnen"

- Die Zahlung von bis zu <u>vier Jahren Arbeitslosengeld</u>, deren Finanzierung durch steigende Sozialbeiträge kommt – auch zu Lasten vieler "hart arbeitender Menschen". Für alle, die mehr als 4.350 Euro brutto im Monat verdienen, wird es deutlich teurer. Grüne und Linke haben bereits formuliert, daß sie privat Versicherte in eine "Bürgerversicherung für alle" zwingen wollen.
- Das <u>Ehegattensplitting</u> für neu geschlossene Ehen soll wegfallen
- 100 Prozent Ökostrom bis 2030, das ist unser Ziel, der Grünen (Sicher ist nur: Die heute schon zweithöchsten Strompreise der Welt werden unter einer R2G-Regierung endgültig einsame Spitze)
- Lockerungen beim <u>Familiennachzug</u>. Die Grünen fordern in ihrem Programmentwurf <u>"ein großzügiges Aufnahmeprogramm" für Flüchtlinge</u>, die Linken streben eine "solidarische Einwanderungsgesellschaft" an
- Einheimische wie Zuwanderer müssen sich auch auf mehr Bevormundung einstellen; z. B. sollen nur noch abgasfreie

Autos vom Band rollen". Ob das technisch überhaupt möglich ist, spielt für Ökos keine Rolle. Für ein generelles Tempolimit von 120 auf deutschen Autobahnen haben sie die Unterstützung der Linken, die eine Regelgeschwindigkeit von 30 Stundenkilometern innerorts ins Parteiprogramm aufgenommen haben und dafür wiederum auf grüne Sympathie hoffen dürfen.

- Das Wochenend-Fahrverbot für Lastwagen soll auf den Freitagnachmittag und nachts ausgeweitet werden. Da ist es fast schon konsequent, daß die SED-Nachfolgepartei neue Autobahnprojekte grundsätzlich ablehnt und den Schienenverkehr komplett verstaatlichen will. Zusätzlich reiten die Linken eine Attacke auf die beliebten Fernbusse. Sie sollen nur noch in Orte ohne Schienenanbindung fahren dürfen, also in keine große Stadt mehr.
- Nicht nur Bauern müssen sich bei Landwirtschaft und Ernährung auf zahlreiche Vorschriften für Lebensmittel, Tierhaltung und Kennzeichnung einstellen. Auch in Sportvereinen soll nicht mehr für Produkte oder Marken geworben werden dürfen. "Verbraucher werden mit neuen Ernährungsdiktaten zwangsbeglückt", spottet CSU-Agrarexpertin Marlene Mortler.
- So verschärfte sie das sogenannte "Berliner Modell", nach dem bisher jeder Investor 25 Prozent der Wohneinheiten mit Mietpreisbindung um 6,50 Euro pro Quadratmeter versehen mußte. Nun müssen 30 Prozent der Fläche eines Neubauprojekts für Sozialwohnungen reserviert werden. Weil die Billigwohnungen im Schnitt kleiner sind als die ungebundenen, betrifft das Mietpreisdiktat jetzt eher 40 Prozent der Wohnungen. Für viele Bauherren gibt es dadurch kaum noch etwas zu verdienen. "Mir sagen Investoren, sie ziehen sich zurück und warten erst einmal auf das Ende von Rot-Rot-Grün". berichtet CDU-Wohnungsbauexperte Stefan Evers. (Also weniger Wohnungen, der Wohnungsmarkt verschärft sich, siehe DDR). Rot-Rot-Grün will sogar noch einen Regulierungsschritt weitergehen: Wer eine mietpreisgebundene Wohnung haben möchte, muß künftig dem Amt seinen Einkommensnachweis präsentieren – zur entsprechenden Einstufung seiner Miethöhe. "Politisch festgelegte Mieten nach Einkommenshöhe, das ist linke Politik, das haben wir durchgesetzt", freut sich Gennburg. Die Abgeordnete spricht auch nicht von Wohnungspolitik, sondern von "Wohnraumversorauna".

- Daß künftig nicht nur das Finanzamt wie anderswo die Einkünfte von Bürgern kontrolliert, sondern auch die Wohnraumverteiler
- Die Videoüberwachung von Kriminalitätsschwerpunkten dagegen schon: Die lehnt die Linkskoalition wegen angeblich zu tiefer Eingriffe in die Persönlichkeitsrechte ab. Im Görlitzer Park, Berlins bekanntestem Drogenumschlagplatz, beendete sie gerade die Festlegung von "Null-Toleranz-Zonen" für Dealer. Im Gegenteil: "Menschen, die derzeit den Park nutzen, sollen nicht verdrängt werden", heißt es in einem Handlungskonzept des grün regierten Stadtbezirks Friedrichshain-Kreuzberg. Ziel sei eine Win-win-Situation. Danach sollen Dealer sogar "kostenlose Rechtsberatung" erhalten, damit sie im Gegenzug wenigstens wild im Park campierende Familien in Ruhe lassen. (Quelle:http://www.focus.de/politik/deutschland/bundestagswahl\_2017/deutschland-planspiel-rot-rot-gruen\_id\_6801385.html)

Wir alle werden dann, frei nach den Stasi-Vorgaben, kontrolliert, und diesmal mit absoluter Sicherheit, noch mehr als zu DDR Zeiten. Denn den gleichen Fehler werden sie nie wieder machen, sie sind schlauer als der deutsche Wähler.

All das scheinen deutsche Wähler zu bevorzugen, abgesehen von den Einschränkungen demokratischer Freiheiten, z. B der Beschneidung der Meinungsfreiheit, heute "Hatespeech" und "Fake News" genannt.

Und jeder weiß, wer dieses kontrolliert. "Nicht nur der öffentliche Diskurs wird dramatisch beschnitten, auch der Rechtsstaat abgeschafft."

"Wohlgemerkt: Die Pflicht zur Löschung soll bereits dann bestehen, wenn der Inhalt rechtswidrig ist, nicht unbedingt strafbar. Das ist ein grundlegender Unterschied. Denn deutsche Strafgesetze verlangen häufig die vorsätzliche, also schuldhafte Verletzung der Norm; ein bloß rechtswidriges Verhalten, beispielsweise im guten Glauben, genügt nicht. Aber bei Heiko Maas soll Rechtswidrigkeit ausreichen.

Da wir ja dann alle "gleich" sind, sollen folgende Beiträge gelöscht werden:" Zu löschen sind beispielsweise Beiträge, die den öffentli-

chen Frieden stören (§ 126), den Bundespräsidenten oder religiöse Bekenntnisse verunglimpfen (§ 90, 166), volksverhetzend sind (§ 130) oder allgemein den Ehrenschutz tangieren, also beleidigen, verleumden oder übel nachreden (§ 185-187). Aber: *Kinderpornographische Seiten sind davon ausgenommen, also erlaubt.* (Quelle: R. S.)

"Fast selbstverständlich für ein SPD-Gesetz: Nur deutsche "Haßsprache" wird sanktioniert, nicht aber gleiche Äußerungen in türkischer oder arabischer Sprache. Und die Grünen-Politikerin Renate Künast fordert schon weitere Verschärfungen: Sie will auch den "Graubereich zwischen grob unhöflichen und strafbaren Äußerungen" erfassen, um den "sozialen Frieden" zu schützen. Unter diesem Vorwand läßt sich dann endgültig jede Meinung verbieten." (https://jungefreiheit.de/debatte/kommentar/2017/die-zensur-ist-wieder-da/)

Verstehen Sie jetzt, warum der Kandidat, der sich mit Rot und Rot und Grün so gut versteht, jetzt noch nicht mit seinen Plänen "auftrumpfen" will. So blöd wäre wohl kein Kanzlerkandidat, nicht zu merken, daß mit einem solchen "R2G"-Regierungsprogramm ("R2G" = rot-rot-grün) kein Staat zu machen wäre.

Und deshalb nochmals: Was will Kandidat Schulz? Bei dieser Frage muß man auf einen ganz konkreten Punkt hinweisen, der symptomatisch für Schulz und die SPD ist:

# Masseneinwanderung, Familiennachzug und die Folgen

"Martin Schulz behauptet zwar, die SPD wolle die "hart arbeitenden Menschen" in den Mittelpunkt stellen, doch das Gegenteil ist der Fall. Die SPD ist für den unbegrenzten Familiennachzug für Migranten. Der Familiennachzug war unter dem Druck der Bürger und der AfD von der Großen Koalition in bescheidenem Maße beschränkt worden. Die SPD will selbst diese kleinen Schritte zur Begrenzung der Masseneinwanderung wieder aufheben.

Dadurch würden zusätzlich Millionen vornehmlich muslimische Migranten in den Sozialstaat einwandern. Das bedeutet höhere Steuern und explodierende Sozialbeiträge, knapperen Wohnraum und höhere Mieten. Die SPD denkt gar nicht daran, die kleinen und mittleren

Einkommen zu entlasten. Sie produziert in allen Bereichen harte Konkurrenz.

Die öffentlichen Schulen sind schon heute mit den Folgen der Masseneinwanderung überfordert. Unter dem massenhaften Familiennachzug, wie ihn die SPD von Martin Schulz im Sinn hat, würde unser Bildungssystem zusammenbrechen. Die Leidtragenden sind die Kinder von all denen, die keine Chance haben, auf Privatschulen und Internate auszuweichen.

# Die SPD hat den Doppelpaß durchgesetzt und ist für das Ausländerwahlrecht.

Thilo Sarrazin, ein Sozialdemokrat alter Schule, hat das Erfolgsbuch "Deutschland schafft sich ab" geschrieben, das vielen Bürgern die Augen geöffnet hat. Doch ist es gerade die SPD, der es mit der Abschaffung von Deutschland gar nicht schnell genug gehen kann.

Die SPD hat in den Koalitionsverhandlungen mit der CDU/CSU den Doppelpaß durchgesetzt. Das Ergebnis ist, daß immer mehr Erdogan-Anhänger in Deutschland das Wahl- und das Demonstrationsrecht haben.

Aber auch das reicht der SPD noch nicht. In NRW hat die SPD schon versucht, die Verfassung zu ändern, um das Wahlrecht für Nicht-EU-Ausländer einzuführen. Die SPD ist zur Lobbypartei für türkische Erdogan-Anhänger und islamische Fundamentalisten verkommen."

(Quelle: https://michael-mannheimer.net/2017/04/02/der-schulz-defekt-die-spd-ist-keine-alternative/)

# Apropos Taten und Worte: Ex-SPD-Ministerin kassiert bei VW Manchmal läuft es in der Politik richtig blöd. Da wettert der SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz (61) gegen Millionenzahlungen an erfolglose VW-Manager. Die Genossen jubeln.

Nur einen Tag später kommt heraus: Die frühere SPD-Ministerin Christine Hohmann-Dennhardt (66) muß den VW-Vorstand vorzeitig verlassen – und kassiert für 13 Monate Arbeit zwölf Millionen Euro. (Quelle: http://www.bild.de/bild-plus/politik/inland/martin-schulz/wie-teuer-wird-die-12-mio-abfindung-50112506,view=conversionToLogin.bild.html)

Bleibt nur noch anzumerken:

- 1. Das ist kein Einzelfall!
- 2. Hat irgendjemand einen Kommentar von Schulz dazu gehört? Wettern kann der Kandidat ja aber gegen die eigene Genossin ist das eher unwahrscheinlich.

## Zusammenfassung: "Keiner von uns!"

Der "kleine Mann Schulz" ist nicht "einer von uns"! Er ist **keiner** von uns! Der Kerl liebt den Protz – alleine schon, um seine Minderwertigkeitskomplexe zu überspielen. Dem dient auch seine Selbstbedienungsmentalität, da findet er Selbstbestätigung – ein Zeichen von Schamlosigkeit. Martin Schulz hat Komplexe. Er scheint alles dafür zu tun, um sich finanziell zu verbessern. Da mag es für ihn eine große Rolle spielen, es ständig und immer "allen anderen zeigen zu müssen".

In einer Führungsposition in der Politik ist das brandgefährlich; denn Schulz kann ja nicht aus seiner Haut. Er bleibt immer der, der er ist. Egal, wieviel Geld er auf seinem Konto hat. Das heißt: **Es gibt bis heute keine einzige politische Initiative,** die wirklich auf ihn zurückzuführen ist. Aber kungeln kann er. Kungeln als Politikstil? Nein, danke! So beim Geld – er bedient sich auch an den Ideen anderer.

Wenn er sieht, daß er für sich persönlich irgendetwas erreichen kann, nimmt er es sozusagen in sein politisches (und finanzielles!) Portfolio auf – und stößt es auch genauso schnell wieder ab. Das macht ihn in der Außenwahrnehmung zu einem Chaoten. Für einen großen schwarzen Dienstwagen macht ein Schulz viel.

Von mir hat er nichts zu erwarten.

#### **Dank**

Ich danke meinen Freunden Heinz Ess (H.E.), Matthias Gonder (M.G.), Reiner Schöne (R.S.) und ganz besonders Michael Mannheimer (M.M.) für ihre wertvollen Hinweise, Quellenangaben und Textbeiträge, die mich beim Abfassen dieser Publikation sehr unterstützt haben. Bei Textvorlagen habe ich die jeweilige Quelle mit H.E., M.G., R.S. bzw. M.M. gekennzeichnet.

#### **Der Autor**

Der Volkswirt und Philosoph Peter Helmes (Peter.Helmes@t-online.de), ehemaliger Bundesgeschäftsführer der Jungen Union, Hauptgeschäftsführer der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung und Mitglied im Wahlkampfstab von Franz-Josef Strauß, war Mitbegründer der Deutschen Konservativen und arbeitet seit 1996 als freiberuflicher Publizist. Er ist u. a. Träger des "Pour le Mérite Européen" für seine Verdienste um ein Europa der Vaterländer und der "Lobkowicz-Medaille" für die Förderung des Mittelstandes.



Helmes lehrte von 1991-2011 als freiberuflicher Dozent zu den Bereichen Lobbying sowie Medien am Institut für Verbands- und Genossenschafts-Management der Universität Freiburg (CH) und ist Autor von mehr als dreißig Büchern und Taschenbüchern (meist bei den Deutschen Konservativen erschienen) sowie Chefkorrespondent des Deutschland-Magazins. Im Mittelpunkt seiner publizistischen Arbeit stehen der Kampf gegen den Zeitgeist, die Grünen, die "Sozialdemokratisierung" der Politik und die DGB-Gewerkschaften.

Peter Helmes erreichen Sie postalisch über: Die Deutschen Konservativen, Beethovenstr. 60, 22083 Hamburg oder direkt per

e-mail: Peter.Helmes@t-online.de

facebook: Peter Helmes



32 Bedienstete in Brüssel und Straßburg. 2 Chauffeure. Hohe sechsstellige Bezüge, davon reichlich steuerfrei. Die Einzelheiten und noch vieles mehr lesen Sie in dieser Broschüre.